

Zweckverband Kommunale Dienste

**Prüfungsbericht
Jahresabschluss und Lagebericht
Wirtschaftsjahr 2014**

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung	4
I. Prüfungsauftrag	4
II. Bestätigung der Unabhängigkeit	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	5
1. Geschäftsverlauf und Lage des ZKD	5
2. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken	5
3. Berichterstattung gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB	6
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
I. Gegenstand der Prüfung	6
II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	7
D. Wirtschaftliche Verhältnisse	8
I. Wirtschaftliche Grundlagen	8
II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	8
1. Vermögenslage und Kapitalstruktur	8
2. Finanzlage	10
3. Ertragslage	11
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	12
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
1. Vorjahresabschluss	12
2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	12
3. Jahresabschluss	13
4. Lagebericht	13
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
1. Beurteilung des Jahresabschlusses	13
2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	13
F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags	14
G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	15
Anlagenverzeichnis	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ARAP	aktiver Rechnungsabgrenzungsposten
BgA	Betrieb gewerblicher Art
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
etc.	et cetera
EUR	Euro
e. V.	eingetragener Verein
f	folgender(es)
ff	folgende
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
i. d. F.	in der Fassung
i. s. d.	im Sinne des/der
i. W.	im Wesentlichen
lfr.	langfristig
lit.	littera (Buchstabe)
PS	Prüfungsstandard des IDW
rd.	rund
RückAbzinsV	Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung)
SächsEigBG	Sächsisches Eigenbetriebsgesetz (gültig bis 31. Dezember 2013)
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung (gültig ab 1. Januar 2014)
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SAKD	Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda
SRH	Sächsischer Rechnungshof
TEUR	Tausend Euro
v. a.	vor allem
Vj.	Vorjahr
z. B.	zum Beispiel
ZKD	Zweckverband Kommunale Dienste

Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von $\pm$ einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung

I. Prüfungsauftrag

Mit Beschluss ZKD010/2015 der Verbandsversammlung vom 9. November 2015 wurde ich zum Abschlussprüfer des

Zweckverband Kommunale Dienste

für das Wirtschaftsjahr 2014 bestellt.

Der Verbandsvorsitzende des Zweckverbandes Kommunale Dienste (kurz: „ZKD“) hat mir demzufolge mit Schreiben vom 10. November 2015 den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 erteilt.

Darüber hinaus wurde ich gemäß § 32 Abs. 2 Satz 4 SächsEigBVO beauftragt, eine Prüfung wirtschaftlich bedeutsamer Sachverhalte im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) für das Jahr 2014 vorzunehmen.

Über Gegenstand sowie Art und Umfang der von mir gemäß § 58 SächsKomZG i.V.m. § 32 SächsEigBVO und §§ 316 ff. HGB durchgeführten Prüfung berichte ich im Abschnitt C.

Meinen Bericht über Art und Umfang sowie das Ergebnis der Prüfung erstatte ich nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen gemäß IDW PS 450.

Dieser Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen des Zweckverbandes Kommunale Dienste zu sein und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, sodass ich Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehme, es sei denn, dass ich mit dem Dritten eine anderslautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätte oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Für die Auftragsdurchführung und meine Verantwortlichkeit gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, die mit dem Zweckverband Kommunale Dienste vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002. Die Haftung ist gemäß § 323 Abs. 2 HGB auf EUR 1.000.000,00 begrenzt. Diese Haftungsbegrenzung gilt nach Nr. 1 Abs. 2 in Verbindung mit Nr. 9 Abs. 1 der Allgemeinen Auftragsbedingungen auch im Verhältnis zu Dritten.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

Ich bestätige gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass ich bei meiner Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet habe.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehme ich nachfolgend zur Beurteilung der Lage des ZKD und seiner voraussichtlichen Entwicklung im Jahresabschluss und Lagebericht durch den gesetzlichen Vertreter Stellung.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des ZKD durch den Verbandsvorsitzenden im Jahresabschluss und Lagebericht halte ich im Wesentlichen für zutreffend.

1. Geschäftsverlauf und Lage des ZKD

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aussagen des Verbandsvorsitzenden des ZKD:

- Der ZKD erzielte im Wirtschaftsjahr 2014 einen Jahresgewinn von EUR 63.394,28.
- Von den Verbandsmitgliedern wurden Sonderzahlungen in Höhe von EUR 30.000,00 in das Eigenkapital des ZKD vorgenommen, damit die planmäßige Tilgung des KfW-Investitionskredites gewährleistet werden kann.
- Die Zahlungsfähigkeit des ZKD war im Wirtschaftsjahr 2014 stets gewährleistet.
- Der ZKD hat im Wirtschaftsjahr 2014 die ihm übertragenen gemeindlichen Aufgaben erfüllt.

2. Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung des ZKD im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Ich halte diese Darstellung für plausibel. Der Lagebericht enthält zur künftigen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken meines Erachtens folgende Kernaussagen:

- Der ZKD strebt bei der künftigen Durchführung gemeindlicher Aufgaben eine Kostendeckung an.
- Die bereits seit dem Wirtschaftsjahr 2013 vorgenommene Verkürzung der Abrechnungsintervalle wird sich auch künftig positiv auf die Sicherung der Liquidität auswirken.
- Notwendige Investitionen (insbesondere Rekonstruktion Außengelände) sollen aus Eigenmitteln finanziert werden. Der ZKD schlägt der Versammlung daher vor, den erwirtschafteten Jahresüberschuss den Gewinnrücklagen zuzuführen.
- Chancen bestehen aufgrund
 - der Sicherung der Erlöse wegen der hohen Bonität der Verbandsmitglieder,
 - der guten arbeitsmarktbedingten Möglichkeiten zur Gewinnung von Nachwuchskräften und

- der Möglichkeiten eines flexiblen Einsatzes der Mitarbeiter sowie einer hohen Auslastung der Fahrzeuge und Maschinen.
- Risiken bestehen
 - aufgrund von Kostensteigerungen (Personal- und Materialaufwand) und
 - im Fall künftiger Erhöhungen der Anschaffungskosten für Fahrzeuge und Maschinen.

3. Berichterstattung gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB

In Erfüllung meiner Berichtspflicht im Sinne des § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB zur Beachtung von gesetzlichen Regelungen weise ich darauf hin, dass gemäß §§ 17, 19 SächsEigBG bzw. §§ 31, 34 SächsEigBVO der Jahresabschluss und Lagebericht des Zweckverbandes nach Schluss des Wirtschaftsjahres innerhalb von vier Monaten aufzustellen und innerhalb neun Monaten festzustellen ist.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des mir erteilten Auftrages habe ich gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 32 SächsEigBVO und § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Darüber hinaus habe ich auftragsgemäß die Prüfung nach den Bestimmungen des § 32 Abs. 2 Satz 4 SächsEigBVO i. V. m. § 53 HGrG durchgeführt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256 und §§ 264 bis 288 HGB sowie den Sondervorschriften des SächsKomZG i. V. m. dem SächsEigBG bzw. der SächsEigBVO aufgestellt worden.

Die Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die mir erteilten Aufklärungen und Nachweise liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters des Zweckverbandes. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben meiner Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder Lagebericht ergeben.

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstößen sind. Auf dieser Basis habe ich die Prüfung des Jahresabschlusses mit der Zielsetzung angelegt, solche Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 264 Abs. 2 HGB wesentlich auswirken.

Die Prüfung habe ich mit Unterbrechungen im Monat Februar 2017, bis zum 28. Februar 2017, in den Räumen des ZKD und in meinem Büro in Geyer durchgeführt.

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung habe ich nach Art, Umfang und Ergebnis in meinen Arbeitspapieren festgehalten.

Im Rahmen meines risikoorientierten Prüfungsvorgehens habe ich zunächst eine Prüfungsstrategie entwickelt. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des ZKD, seiner wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, des Risikomanagements, der Größe und Komplexität des ZKD und der Wirksamkeit seines rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie auf Informationen, die ich im Rahmen von Gesprächen mit Verantwortlichen des ZKD über mögliche Risiken und Fehlerquellen gewonnen habe. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse habe ich bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) und der Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, des Ansatzes, des Ausweises und der Bewertung im Jahresabschluss berücksichtigt.

In meinem Prüfungsprogramm habe ich die Schwerpunkte meiner Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf festgelegt und dabei die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet. Daher habe ich mein Prüfungsurteil überwiegend auf der Basis von Stichproben getroffen.

In Anbetracht der überschaubaren Größe und Komplexität des ZKD und der Übersichtlichkeit der Verfahrensabläufe habe ich im vorliegenden Fall im Wesentlichen Einzelfallprüfungen durchgeführt. Dabei habe ich folgende Prüfungsschwerpunkte gesetzt bzw. erwähnenswerte Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Analyse des Prozesses der Jahresabschlusserstellung
- Vollständigkeit und Bewertung des Anlagevermögens
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Analyse und Ausweis der Erträge und Aufwendungen
- Anhang
- Lagebericht

Darüber hinaus wurden Abschlussposten durch Belegnachweise, vertragliche Unterlagen, Bestätigungen und Bescheide geprüft.

Aufgrund der großen Zeitspanne zwischen dem Haushaltsjahr 2014 und dem Prüfungszeitpunkt wurde auf die Einholung von Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten verzichtet.

Rechtsanwaltsbestätigungen wurden nicht eingeholt, da nach erteilten Auskünften im Wirtschaftsjahr 2014 keine Mandatierungen vorlagen.

Guthaben bei und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch Saldenmitteilungen bzw. Kontoauszüge nachgewiesen.

Ziel meiner Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts war es festzustellen, ob der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht und ein zutreffendes Bild von der Lage des ZKD vermittelt und ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. In diesem Rahmen waren die Vollständigkeit und soweit es sich um prognostische Angaben handelt, die Plausibilität dieser Angaben zu prüfen. Ich habe die Angaben unter Berücksichtigung meiner Erkenntnisse, die ich während der Abschlussprüfung gewonnen habe, beurteilt.

Zu Art und Umfang meiner Prüfung gemäß § 32 Abs. 2 Satz 4 SächsEigBVO i. V. m. § 53 Absatz 1 HGrG, die ich nach dem IDW Prüfungsstandard PS 720 durchgeführt habe, verweise ich auf die Anlage 4.

Alle von mir erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsgemäßen Durchführung der Prüfung vom gesetzlichen Vertreter des ZKD benötigten Aufklärungen und Nachweise sind erbracht worden. Der Verbandsvorsitzende hat mir die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von mir eingeholten Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt.

D. Wirtschaftliche Verhältnisse

I. Wirtschaftliche Grundlagen

Der ZKD übernimmt kommunale Aufgaben der Bauhöfe der Verbandsmitglieder, die in § 3 Abs. 1 der Satzung im Einzelnen aufgeführt sind, sowie technische und pflegerische Aufgaben, Dienstleistungen und Hilfsdienste im kommunalen Bereich und/oder stellt Geräte und Personal zur Verfügung.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Vermögenslage und Kapitalstruktur

In der folgenden Bilanzübersicht sind die einzelnen Posten nach betriebswirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den Vorjahresangaben gegenübergestellt.

Dr. Karl-Christian Stopp

Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von länger als einem Jahr werden hier als langfristig ausgewiesen.

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	726	65,7	744	69,0	-18	-2,4
kurzfristige Forderungen	238	21,5	118	10,9	120	> 100,0
flüssige Mittel	138	12,5	209	19,4	-71	-34,0
sonstige Aktiva	3	0,3	8	0,7	-5	-62,5
Umlaufvermögen, ARAP	379	34,3	335	31,0	44	13,1
	1.105	100,0	1.079	100,0	26	2,4
Kapital						
Eigenkapital	782	70,8	688	63,8	94	13,7
Sonderposten für Investitionen	1	0,1	1	0,1	0	0,0
wirtschaftliches Eigenkapital	783	70,9	689	63,9	94	13,6
langfristiges Fremdkapital	210	19,0	276	25,6	-66	-23,9
kurzfristiges Fremdkapital	112	10,1	114	10,6	-2	-1,8
	1.105	100,0	1.079	100,0	26	2,4

Die Verringerung des Anlagevermögens um TEUR 18 ist verursacht durch planmäßige Abschreibungen (TEUR 34), gegenläufig wirken Investitionen in Höhe von TEUR 16.

Die Veränderung des Bestands an flüssigen Mitteln wird nachfolgend im Rahmen der Kapitalflussrechnung erläutert.

Die Erhöhung des Eigenkapitals resultiert aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss (TEUR 63) und aus der Einzahlung der Verbandsmitglieder in die Kapitalrücklage (TEUR 30).

Die Verringerung des langfristigen Fremdkapitals beruht auf der planmäßigen Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Verringerung des langfristigen Anteils der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 31) und der Verringerung der langfristigen Rückstellungen (TEUR 35).

2. Finanzlage

Über die Entwicklung des Finanzmittelfonds gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss, welche die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

	2014 TEUR	2013 TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis (Jahresüberschuss)	63	96
Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	34	36
sonstige zahlungsunwirksame Erträge		
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-31	-31
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-114	140
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-7	-55
Zinsaufwendungen (+)	7	7
Gewinn (-) aus Anlageverkäufen	0	-11
	<u>-48</u>	<u>182</u>
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen (+) aus Anlagenverkäufen	0	16
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16	-19
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	0	0
	<u>-16</u>	<u>-3</u>
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen (+) aus Investitionszuschüssen	0	0
Aufnahme von Liquiditätshilfen von Verbandsmitgliedern	0	200
Rückführung der Liquiditätshilfen an die Verbandsmitglieder	0	-200
Einzahlungen der Verbandsmitglieder	30	30
Tilgung KfW-Investitionskredit	-30	-30
Zinszahlungen	-7	-8
	<u>-7</u>	<u>-8</u>
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1 - 3)	-71	171
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	209	38
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (flüssige Mittel)	<u>138</u>	<u>209</u>

Dr. Karl-Christian Stopp
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Das kurzfristige Fremdkapital (TEUR 112) wird durch das kurzfristige Umlaufvermögen (TEUR 379) zu 338 % gedeckt, was – kurzfristig – einen stabilen Liquiditätsgrad zum Bilanzstichtag zum Ausdruck bringt.

3. Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten beiden Geschäftsjahre ergibt sich unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nachfolgende Ertragsübersicht.

	2014		2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	986	100,0	1.076	100,0	-90	-8,4
Gesamtleistung	986	100,0	1.076	100,0	-90	-8,4
Materialaufwand	315	31,9	372	34,6	-57	-15,3
Personalaufwand	556	56,4	566	52,6	-10	-1,8
sonstiger Betriebsaufwand	47	4,8	47	4,4	0	0,0
Betrieblicher Aufwand	918	93,1	985	91,6	-67	-6,8
Betriebsergebnis	68	6,9	91	8,4	-23	-25,3
Finanzergebnis	-5		-6		1	-16,7
neutrales Ergebnis	0		11		-11	-100,0
Jahresergebnis	63		96		-33	-34,4

Die Reduzierung der Umsatzerlöse (um TEUR 90) ist im Wesentlichen auf witterungsbedingt geringere Winterdienstleistungen an die Verbandsmitglieder sowie geringere Materialaufwendungen bei Unterhaltungsleistungen am Infrastrukturvermögen zurückzuführen.

Die Verringerung des Materialaufwands korrespondiert mit dem Umsatzrückgang und betrifft im Wesentlichen Aufwandssenkungen bei Streusalz, Dieselkraftstoff und Unterhaltung des beweglichen Vermögens.

Die Senkung des Personalaufwands beruht im Wesentlichen darauf, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit vorzunehmen waren, da die beiden Personen sich im Jahr 2014 in der Ruhephase befanden.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Vorjahresabschluss

Der von mir geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss wurde von der Verbandsversammlung mit Beschluss Nr. ZKD011/2016 am 8. Dezember 2016 festgestellt.

Die örtliche Prüfung für das Wirtschaftsjahr 2013 erfolgte durch das Rechnungsprüfungsamt des Zweckverbandes Wasserwerke Westerzgebirge. Der Bericht vom 23. November 2016 liegt mir vor.

Der Jahresabschluss 2013 wurde durch ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt Zschorlau Nr. 02/2017 vom 4. Februar 2017 und im Gemeindeanzeiger Stützengrün Nr. 02/2017 vom 1. Februar 2017 öffentlich bekanntgemacht.

2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen nach meinen Feststellungen grundsätzlich die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert und entspricht dem kommunalen Kontenrahmen der VwV KomHSys. Das Belegwesen ist übersichtlich geordnet. Die Vorjahreswerte wurden aus dem festgestellten Vorjahresabschluss übertragen.

Die Buchführung wird unter Verwendung des Programms SASKIA.de IFR, Version 4.0, der SASKIA Informations-Systeme GmbH, Chemnitz, durchgeführt. Das Programm ist durch die SAKD zertifiziert.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle des ZKD sind nach meinen Feststellungen vollständig, fortlaufend und weitgehend zeitnah. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange des ZKD ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen meiner Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren. Bei meiner Prüfung habe ich keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die vom ZKD getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung entspricht nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

3. Jahresabschluss

Im Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 des ZKD wurden die gesetzlichen Vorschriften und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurde die formelle Bilanzkontinuität gewahrt. Die Bilanz wurde gemäß § 26 SächsEigBVO nach den Vorschriften der §§ 266 bis 274 HGB aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß § 28 SächsEigBVO nach den Vorschriften der §§ 275, 277 und 278 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Anhang entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er enthält die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben vollständig und zutreffend.

Der Jahresabschluss entspricht nach meinen Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

4. Lagebericht

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung entspricht der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften.

Der Lagebericht steht mit dem Jahresabschluss und meinen bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des ZKD. Meine Prüfung nach § 317 Abs. 2 Satz 2 HGB hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sowie nach § 30 SächsEigBVO sind vollständig und zutreffend.

Mir sind keine nach Schluss des Geschäftsjahres eingetretenen Ereignisse oder Maßnahmen von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Beurteilung des Jahresabschlusses

Nach meiner pflichtgemäß durchgeführten Prüfung bin ich unter Würdigung der erläuterten wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen zu der Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss in Verbindung mit dem Lagebericht insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZKD vermittelt.

2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen sind im Anhang des ZKD erläutert. Darauf wird verwiesen.

Hervorzuheben sind folgende Aspekte:

- Die Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und ausschließlich linear abgeschrieben.
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zu Nennwerten unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen bilanziert. Auf Pauschalwertberichtigung wird auf Grund Geringfügigkeit verzichtet.
- Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nennwerten bilanziert.
- Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden zu voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Vor dem Hintergrund der geringen Restlaufzeiten der Alters- und Teilzeitverträge wurde aus Wesentlichkeitsgründen auf eine Abzinsung verzichtet.
- Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags

Ich habe bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) und den hierzu erlassenen Prüfungsstandard PS 720 beachtet. Dementsprechend habe ich geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind.

Die im Gesetz und in dem dazu vorliegenden Prüfungsstandard geforderten Angaben habe ich in Anlage 4 (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) zusammengestellt. Meine Prüfung hat über die in der Anlage 4 dieses Berichts gebrachten Feststellungen hinaus keine Besonderheiten ergeben, die nach meiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht habe ich folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Dienste für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 32 SächsEigBVO i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Zweckverbandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Dr. Karl-Christian Stopp
Wirtschaftsprüfer • Steuerberater

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Geyer, den 28. Februar 2017


Dr. Stopp
Wirtschaftsprüfer



Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor meiner erneuten Stellungnahme, sofern hierbei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird; ich weise auf § 328 HGB hin.

Anlagenverzeichnis

Jahresabschluss und Lagebericht 2014	1
Bestätigungsvermerk	2
Rechtliche Verhältnisse	3
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)	4
Allgemeine Auftragsbedingungen	

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Zweckverband Kommunale Dienste

Band II

**Anlagen zum Prüfungsbericht
Jahresabschluss und Lagebericht
Wirtschaftsjahr 2014**



Jahresabschluss 2014

Bilanzstichtag: 31.12.2014

Zweckverband Kommunale Dienste - Bärenwalder Straße 29b - 08328 Stützengrün

Telefon: 037462 / 636955 - Fax: 037462 / 636958 - E-Mail: zkd@stuetzengruen.de
Internet: www.zweckverband-kommunale-dienste.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

- A. Bilanz
- B. Gewinn- und Verlustrechnung
- C. Anhang
 - 1. Anhang
 - I. Allgemeines
 - II. Rechtsgrundlagen
 - III. Erläuterung der Bilanz
 - IV. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung
 - V. Sonstige Pflichtangaben
 - 2. Liquiditätsrechnung
 - 3. Anlagennachweis
 - 4. Rückstellungsspiegel
 - 5. Verbindlichkeitenübersicht
- D. Lagebericht
 - I. Rechtsgrundlagen
 - II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres
 - III. Chancen
 - IV. Risiken
 - V. Finanzbeziehungen zu den Verbandsgemeinden
 - VI. Erfüllung der gemeindlichen Aufgabe

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutsche Automobil-Club e. V.
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AltTZG	Altersteilzeitgesetz
Art.	Artikel
ATV-K	Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Altersvorsorge-TV-Kommunal)
ATZ	Altersteilzeit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzmodernisierungsgesetz
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
d. h.	das heißt
e. V.	eingetragener Verein
FIFO	First in - First out (englisch für "der Reihe nach")
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KSA	Kommunaler Schadenausgleich der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
KVS	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen
MwStSystRL	Mehrwertsteuersystemrichtlinie der Europäischen Union
Nr.	Nummer
SächsEigBG	Sächsisches Eigenbetriebsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Februar 2010, gültig bis 31. Dezember 2013
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung vom 16. Dezember 2013, gültig ab 01. Januar 2014
SächsGemO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014, gültig ab 01. Mai 2014
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014, gültig ab 01. April 2014
TV ATZ	Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit
TV FlexAZ	Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte
TVöD-V	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst / Bereich Verwaltung
u. a.	und andere
u. ä.	und ähnliches
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
z. B.	zum Beispiel
ZVK	Zusatzversorgungskasse

Bilanz

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Aktiva		Haushaltsjahr 00 - 12 / 14 EUR	Vorjahr 00 - 12 / 13 EUR	Passiva		Haushaltsjahr 00 - 12 / 14 EUR	Vorjahr 00 - 12 / 13 EUR
A.	Anlagevermögen	726.295,63	744.046,23	A.	Eigenkapital	781.683,17	688.288,89
I.	Sachanlagen	726.295,63	744.046,23	II.	Kapitalrücklage	507.592,48	477.592,48
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	533.055,24	548.995,24	II.	Basiskapital	507.592,48	477.592,48
					Gewinnvortrag/Verlustvortrag	210.696,41	115.131,36
02700000	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsgebäude	492.811,00	508.751,00	III.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	63.394,28	95.565,05
02900000	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit sonstigen Gebäuden	40.244,24	40.244,24	B.	Sonderposten	1.002,00	1.107,00
2.	technische Anlagen und Maschinen	148.354,00	162.048,00	1.	Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen	1.002,00	1.107,00
06100000	Fahrzeuge	27.209,00	32.804,00		Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen Land	1.002,00	1.107,00
06200000	Maschinen und technische Anlagen	367,00	7,00	C.	Rückstellungen	95.721,43	126.592,49
06300000	Betriebsvorrichtungen	120.778,00	129.237,00	1.	sonstige Rückstellungen	95.721,43	126.592,49
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.455,00	20.205,00		Entgeltrückstellungen / Urlaub und Überstunden	10.280,00	7.084,91
					Entgeltrückstellungen / Altersteilzeit, Laufzeit > 1 Jahr	53.371,02	87.987,08
07400000	Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.285,00	19.868,00		Sonstige Rückstellungen / Aufstellung und Prüfung Jahresabschluss	32.080,41	31.540,50
07600000	Sammelposten für bewegliche Gegenstände (BGA) des Anlagevermögens, von mehr als 150 bis 1000 □ □ (ohne	170,00	337,00	D.	Verbindlichkeiten	226.141,14	263.152,08
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.431,39	12.797,99	1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	187.500,00	217.500,00
	Anlagen im Bau	20.431,39	12.797,99		Verbindl.a.Kreditaufn.f.Inv.Kreditinstitute,Berichtig.	187.500,00	217.500,00
B.	Umlaufvermögen	377.703,03	329.857,31	2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.379,78	19.001,06
I.	Vorräte	1.566,05	2.850,15		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.379,78	19.001,06
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.566,05	2.850,15	3.	sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern, davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	26.261,36	26.651,02
	Vorräte an Betriebsstoffen	1.566,05	2.850,15		Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	26.228,86	26.595,81
08300000		1.566,05	2.850,15		Sonstige Verbindlichkeiten	32,50	56,21
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	238.311,92	118.286,00				
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	190.593,16	72.419,01				
	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Sonstige	900,00	1.100,00				
16112010							
16112020	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Verbandsgemeinden	189.693,16	71.319,01				
2.	sonstige Vermögensgegenstände	47.718,76	45.866,99				
	Forderungen aus Transferleistungen	47.718,76	45.866,99				
15400000							
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	137.825,06	208.721,16				
	Sichteinlagen bei Banken und Versicherungen	137.724,41	208.651,28				
17110000							

Aktiva		Vorjahr 00 - 12 / 13 EUR	Passiva		Vorjahr 00 - 12 / 13 EUR
17310000	Bargeld	69,88			
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	5.236,92			
I.	Rechnungsabgrenzungsposten	5.236,92			
18000000	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	5.236,92			
Summe Aktiva		1.079.140,46	Summe Passiva	1.104.547,74	1.079.140,46

Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Gewinn und Verlustrechnung nach §9 Abs. 1 SächsEigBVO

Haushaltsjahr 2014

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 .J. Spalte 3)
		01 - 12 / 13	V,01-12,ÜA,B/14	V,01-12,ÜA,B/14	01 - 12 / 14	
		1	2	3	4	5
EUR						
1.	Umsatzerlöse	1.076.169,28	1.055.142,00	1.055.142,00	985.810,26	-89.331,74
	34110000 - Erträge aus Mieten und Pachten	240,00	0,00	0,00	330,00	330,00
	34210000 - Erträge aus Verkauf	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00
	34820000 - Erträge aus Kostenerstattung / Gemeinden und Landkreis	1.872,00	1.500,00	1.500,00	0,00	-1.500,00
	34820010 - Erträge aus Kostenerstattung / Zschorlau	586.039,56	550.513,00	550.513,00	504.215,57	-46.297,43
	34820020 - Erträge aus Kostenerstattung / Stützengrün	487.417,72	503.129,00	503.129,00	470.372,75	-32.756,25
	34830000 - Erträge aus Kostenerstattung / Zweckverbände	0,00	0,00	0,00	619,62	619,62
	34880000 - Erträge aus Kostenerstattung / Sonstige	600,00	0,00	0,00	10.172,32	10.172,32
4.	sonstige betriebliche Erträge	105,00	55.668,00	55.668,00	105,00	-55.563,00
	31510000 - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen	105,00	0,00	0,00	105,00	105,00
	31820010 - Allgemeine Umlagen / Zschorlau	0,00	15.000,00	15.000,00	0,00	-15.000,00
	31820020 - Allgemeine Umlagen / Stützengrün	0,00	15.000,00	15.000,00	0,00	-15.000,00
	35810000 - Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen oder Rückstellungen	0,00	25.668,00	25.668,00	0,00	-25.668,00
	Ordentliche Erträge	1.076.274,28	1.110.810,00	1.110.810,00	985.915,26	-124.894,74
5.	Materialaufwand	372.048,34	390.100,00	390.100,00	314.623,67	-75.476,33
	42110000 - Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	2.603,72	6.000,00	6.000,00	8.600,08	2.600,08
	42210000 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	86.113,34	79.750,00	79.750,00	67.256,21	-12.493,79
	42220000 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	7,37	0,00	0,00	0,00	0,00
	42220010 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens / Werkstatt	1.283,72	3.000,00	3.000,00	2.425,94	-574,06
	42220020 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens / Winterdienst	9.275,14	6.000,00	6.000,00	2.462,96	-3.537,04
	42220030 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens / Grünflächen	2.617,36	3.400,00	3.400,00	4.658,49	1.258,49
	42220040 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens / Straßenunterhaltung	4.346,64	5.000,00	5.000,00	10.869,57	5.869,57
	42230000 - Erwerb von beweglichem AV, dessen Wert 410 Euro nicht überschreitet	206,00	200,00	200,00	534,52	334,52
	42310000 - Aufwendungen für Mieten und Pachten	368,16	400,00	400,00	368,16	-31,84
	42320000 - Leasingaufwendungen, sofern kein Finanzierungsleasing	112.686,09	126.000,00	126.000,00	121.608,48	-4.391,52
	42410010 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Energie	6.960,11	7.500,00	7.500,00	5.775,32	-1.724,68
	42410020 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Wasser	540,15	600,00	600,00	594,19	-5,81
	42410030 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Heizung	547,73	600,00	600,00	381,60	-218,40
	42410040 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Sonstiges	1.783,80	1.800,00	1.800,00	1.823,71	23,71
	42510010 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Dieselkraftstoff u. a. Betriebsstoffe	34.500,10	1.000,00	1.000,00	24.343,28	23.343,28
	42510020 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Transporter	4.370,07	8.000,00	8.000,00	3.000,26	-4.999,74
	42510030 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Multicar	17.586,58	35.000,00	35.000,00	9.974,84	-25.025,16
	42510040 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Unimog	13.491,41	35.000,00	35.000,00	10.624,47	-24.375,53
	42510050 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Sonstiges	1.420,18	3.000,00	3.000,00	963,84	-2.036,16
	42610000 - Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	4.379,69	5.000,00	5.000,00	4.992,57	-7,43
	42810000 - Aufwendungen für Vorräte	59.859,30	46.000,00	46.000,00	21.075,08	-24.924,92

Gewinn und Verlustrechnung nach §9 Abs. 1 SächsEigBVO

Haushaltsjahr 2014

Ertrags- und Aufwandsarten						
Ergebnis des Vorjahres 01 - 12 / 13	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/14	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres V,01-12,ÜA,B/14	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres 01 - 12 / 14	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 .J. Spalte 3)		
EUR						
1	2	3	4	5		
	16.850,00	16.850,00	12.290,10	-4.559,90		
5a)	42910000 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	347.403,80	355.850,00	281.916,61	-73.933,39	
	Aufwendung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.603,72	6.000,00	8.600,08	2.600,08	
	42110000 - Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	86.113,34	79.750,00	67.256,21	-12.493,79	
	42210000 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	7,37	0,00	0,00	0,00	
	42220000 - Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	206,00	200,00	534,52	334,52	
	42230000 - Erwerb von beweglichem AV, dessen Wert 410 Euro nicht überschreitet	368,16	400,00	368,16	-31,84	
	42310000 - Aufwendungen für Mieten und Pachten	112.696,09	126.000,00	121.608,48	-4.391,52	
	42320000 - Leasingaufwendungen, sofern kein Finanzierungsleasing	6.960,11	7.500,00	5.775,32	-1.724,68	
	42410010 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Energie	540,15	600,00	594,19	-5,81	
	42410020 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Wasser	547,73	600,00	381,60	-218,40	
	42410030 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Heizung	1.783,80	1.800,00	1.823,71	23,71	
	42410040 - Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen / Sonstiges	34.500,10	1.000,00	24.343,28	23.343,28	
	42510010 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Dielektrikstoff u. a. Betriebsstoffe	4.370,07	8.000,00	3.000,26	-4.999,74	
	42510020 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Transporter	17.566,58	35.000,00	9.974,84	-25.025,16	
	42510030 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Multicar	13.491,41	35.000,00	10.624,47	-24.375,53	
	42510040 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Unimog	1.420,18	3.000,00	963,84	-2.036,16	
	42510050 - Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Sonstiges	4.379,69	5.000,00	4.992,57	-7,43	
	42610000 - Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	59.859,30	46.000,00	21.075,08	-24.924,92	
5b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.121,68	16.850,00	12.290,10	-4.559,90	
	42910000 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	7.121,68	16.850,00	12.290,10	-4.559,90	
6.	Personalaufwand	565.658,29	631.860,00	555.541,92	-76.318,08	
	40120000 - Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte	436.414,47	509.770,00	444.732,60	-65.037,40	
	40120001 - Rückstell. Dienstaufw. für tarifl. Besch. (interner Pers.aufw. f. Aufstell. JA)	2.005,80	0,00	1.680,00	1.680,00	
	40120010 - Zulagen und Zuschläge	0,00	8.500,00	0,00	-8.500,00	
	40190000 - Dienstaufwendungen sonst.Besch.	12.000,33	0,00	0,00	0,00	
	40220000 - Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	15.180,37	17.260,00	15.357,90	-1.902,10	
	40290000 - Beiträge zu Versorgungskassen sonst.Besch.	382,72	0,00	0,00	0,00	
	40320000 - Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte	80.659,53	96.330,00	83.504,77	-12.825,23	
	40390000 - Beiträge zur ges. Sozialversicherung sonst. Besch.	2.259,16	0,00	0,00	0,00	
	40410000 - Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	52,33	0,00	6,65	6,65	
	40710000 - Zuführungen zu Entgeltrückstellungen wegen Altersteilzeit	16.703,58	0,00	0,00	0,00	
	40720000 - Zuführungen zu Rückstellungen für Urlaubsansprüche, Überstunden u. ä.	0,00	0,00	10.260,00	10.260,00	
6a)	Löhne und Gehälter	450.420,60	518.270,00	456.672,60	-61.597,40	
	40120000 - Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte	436.414,47	509.770,00	444.732,60	-65.037,40	
	40120001 - Rückstell. Dienstaufw. für tarifl. Besch. (interner Pers.aufw. f. Aufstell. JA)	2.005,80	0,00	1.680,00	1.680,00	

Gewinn und Verlustrechnung nach §9 Abs. 1 SächsEigBVO

Haushaltsjahr 2014

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz
		01 - 12 / 13	V,01-12,ÜA,B/14	V,01-12,ÜA,B/14	01 - 12 / 14	(Spalte 4 .J. Spalte 3)
		1	2	3	4	5
	40120010 - Zulagen und Zuschläge 40190000 - Dienstaufwendungen sonst.Besch. 40720000 - Zuführungen zu Rückstellungen für Urlaubsansprüche, Überstunden u. ä.	0,00 12.000,33 0,00	8.500,00 0,00 0,00	8.500,00 0,00 0,00	0,00 0,00 10.260,00	-8.500,00 0,00 10.260,00
6b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung 40220000 - Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte 40290000 - Beiträge zu Versorgungskassen sonst.Besch. 40320000 - Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte 40390000 - Beiträge zur ges. Sozialversicherung sonst. Besch. 40410000 - Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beschäftigte 40710000 - Zuführungen zu Entgeltrückstellungen wegen Altersteilzeit	115.237,69 15.180,37 382,72 80.659,53 2.259,16 52,33 16.703,58	113.590,00 17.260,00 0,00 96.330,00 0,00 0,00 0,00	113.590,00 17.260,00 0,00 96.330,00 0,00 0,00 0,00	98.869,32 15.357,90 0,00 83.504,77 0,00 6,65 0,00	-14.720,68 -1.902,10 0,00 -12.825,23 0,00 6,65 0,00
7.	Abschreibungen 47110010 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Fahrzeuge und Transportmittel 47110011 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Bebaute Grundstücke 47110012 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / BGA und Sammelposten BGA 47110013 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Maschinen und technische Anlagen 47110014 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Betriebsvorrichtungen und Sammelposten	35.627,88 6.663,44 15.940,00 4.526,19 159,00 8.339,25	34.185,00 6.220,00 15.771,00 3.735,00 0,00 8.459,00	34.185,00 6.220,00 15.771,00 3.735,00 0,00 8.459,00	33.951,10 5.595,00 15.940,00 3.915,70 41,40 8.459,00	-233,90 -625,00 169,00 180,70 41,40 0,00
7a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen 47110010 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Fahrzeuge und Transportmittel 47110011 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Bebaute Grundstücke 47110012 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / BGA und Sammelposten BGA 47110013 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Maschinen und technische Anlagen 47110014 - Abschreibungen auf Immat. Verm.-gegenstände und Sachanlagen / Betriebsvorrichtungen und Sammelposten	35.627,88 6.663,44 15.940,00 4.526,19 159,00 8.339,25	34.185,00 6.220,00 15.771,00 3.735,00 0,00 8.459,00	34.185,00 6.220,00 15.771,00 3.735,00 0,00 8.459,00	33.951,10 5.595,00 15.940,00 3.915,70 41,40 8.459,00	-233,90 -625,00 169,00 180,70 41,40 0,00
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen 42710000 - Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen 44110000 - Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen 44210000 - Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit 44230000 - Datenverarbeitung 44290010 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten / Verfügungsmittel 44290020 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten / Mitgliedsbeiträge 44290030 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten / Sonstiges 44310000 - Geschäftsaufwendungen 44310010 - Bürobedarf	12.915,92 0,00 0,00 220,00 944,96 0,00 484,00 0,00 10,77 262,52	16.400,00 250,00 0,00 500,00 600,00 250,00 500,00 100,00 0,00 400,00	16.400,00 250,00 0,00 500,00 600,00 250,00 500,00 100,00 0,00 400,00	13.934,22 40,80 0,00 300,00 513,96 0,00 469,90 0,00 41,17 448,26	-2.465,78 -209,20 0,00 -200,00 -86,04 -250,00 -30,10 -100,00 41,17 48,26

Ertrags- und Aufwandsarten						
Ergebnis des Vorjahres	Planansatz ¹ des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ist/Ansatz (Spalte 4 .J. Spalte 3)		
01 - 12 / 13	V,01-12,ÜA,B/14	V,01-12,ÜA,B/14	01 - 12 / 14			
EUR						
1	2	3	4	5		
44310020 - Bücher und Zeitschriften	75,76	250,00	143,36	-106,64		
44310030 - Post- und Fernmeldegebühren	2.466,21	2.750,00	2.313,37	-436,63		
44310040 - Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten	4.355,89	6.000,00	5.421,47	-578,53		
44310050 - Reisekostenvergütungen	56,30	200,00	0,00	-200,00		
44310060 - sonstige Geschäftsaufwendungen	880,08	1.000,00	810,22	-189,78		
44410000 - Steuern und Versicherungen	3.159,43	3.600,00	3.431,71	-168,29		
Ordentliche Aufwendungen	986.250,43	1.072.545,00	918.050,91	-154.494,09		
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.098,99	0,00	2.297,29	2.297,29		
35831000 - Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	1.815,46	0,00	1.851,77	1.851,77		
36170000 - Zinserträge von Kreditinstituten	283,53	0,00	445,52	445,52		
Finanzerträge	2.098,99	0,00	2.297,29	2.297,29		
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.749,00	6.765,00	6.766,36	1,36		
45170000 - Zinsaufwendungen an Kreditinstituten	7.749,00	6.765,00	6.766,36	1,36		
Finanzaufwendungen	7.749,00	6.765,00	6.766,36	1,36		
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	84.373,84	31.500,00	63.395,28	31.895,28		
17. außerordentliche Erträge	18.291,52	0,00	222,51	222,51		
50120000 - Empfangene Schadensersatzleistungen u. ä.	2.691,51	0,00	222,51	222,51		
50190000 - Sonstige außergewöhnliche Erträge	0,01	0,00	0,00	0,00		
50620000 - Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	15.600,00	0,00	0,00	0,00		
18. außerordentliche Aufwendungen	7.100,31	0,00	223,51	223,51		
51130000 - Aufwendungen aus Schadenfällen, Schadensersatz u. ä.	2.691,51	0,00	222,51	222,51		
51290000 - Sonstige periodenfremde Aufwendungen	115,74	0,00	0,00	0,00		
51390000 - Sonst. außerpl. Abschreibungen wg. dauerhafter Wertminderungen sowie aufgrund v. Vermögensabgang	1,00	0,00	0,00	0,00		
51620000 - Aufwendungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	4.292,06	0,00	1,00	1,00		
19. außerordentliches Ergebnis	11.191,21	0,00	-1,00	-1,00		
22. Jahresgewinn/Jahresverlust	95.565,05	31.500,00	63.394,28	31.894,28		

1 ursprünglichler Planansatz, gegebenenfalls in der Fassung eines Nachtragshaushaltes

Druckparameter:

Mandant: 0099 Zweckverband Kommunale Dienste HH-Jahr: 2014 Listennr.: 7 Gewinn- & Verlustrechnung Buchungsperiode für VKZ Vorjahr von: 1 bis: 13 Budgetperiode von: 1 bis: 12

Buchungsperiode für VKZ von: 1 bis: 13

Listenauswahl: Kontennachweis

Druckbereich: mit Reste aus Vorjahr mit Budgetumbuchungen mit ÜPL/APL mit Ansatz Plan/Nachtrag

(zuzüglich der Einschränkungen aus der Nutzerverwaltung für 'jschulz')

Anhang

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Anlagen

Liquiditätsrechnung
Anlagennachweis
Rückstellungsspiegel
Verbindlichkeitenübersicht

I. Allgemeines

1. Gründung

Der Zweckverband ist zum 1. Juli 2009 durch Beschluss der Verbandssatzung durch die Gemeinderäte beider Verbandsgemeinden entstanden:

- Beschluss Nr. 2009/038 vom 25. Mai 2009 des Gemeinderates Zschorlau
- Beschluss Nr. GR4/224/55 vom 19. Mai 2009 des Gemeinderates Stützengrün

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen finden sich in den §§ 44 bis 70 SächsKomZG.

Das Landratsamt Erzgebirgskreis als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat die Verbandsatzung mit Bescheid vom 28. Mai 2009 genehmigt. Die Bekanntmachung der Genehmigung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt Nr. 26 vom 25. Juni 2009.

Mit Beschluss ZKD012/2013 vom 14. November 2013 beschloss die Verbandsversammlung die 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung. Diese wurde durch das Landratsamt Erzgebirgskreis mit Bescheid vom 9. Dezember 2013 genehmigt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 30. Januar 2014 bekannt gemacht.

Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Kommunale Dienste“. Die Verbandsgemeinden Zschorlau und Stützengrün sind jeweils zur Hälfte am Vermögen und den Schulden des Zweckverbandes beteiligt. Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die eigentliche Tätigkeit nahm er zum 1. Januar 2010 mit der Personalübernahme aus den Gemeinden auf.

Der Zweckverband hat seinen Sitz in der Bärenwalder Straße 29b in 08328 Stützengrün. Es bestehen weder Zweigniederlassungen noch wurden einzelne Betriebszweige eingerichtet. Eigene beitrags- oder gebührenpflichtige technische Anlagen werden nicht betrieben. Der Zweckverband arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht und finanziert sich auf Basis des Kostendeckungsprinzips durch Kostenerstattung für die in den Verbandsgemeinden erbrachten Leistungen.

Gemäß § 13 der Verbandssatzung i. V. m. § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden auf die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes die Vorschriften des sächsischen Eigenbetriebsrechtes Anwendung. Im Übrigen gelten die Vorschriften der SächsGemO.

2. Ziele und Aufgaben

Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit haben die Gemeinden Zschorlau und Stützengrün ihre Bauhöfe in der Rechtsform eines Zweckverbandes zusammengeschlossen. Im Vordergrund steht der Erhalt eines eigenen Bauhofs durch Bündelung von Kräften und Ressourcen unter Steigerung von Qualität, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Durch die gemeinsame Nutzung von Gebäuden, Fahrzeugen und Maschinen sollen Kostensenkungspotentiale genutzt bzw. langfristige Kostenstabilität erreicht werden. Weitere Ziele sind die Schaffung optimaler interner Abläufe, die Steigerung von Handlungsfähigkeit und Auslastungsquoten sowie die Herstellung von Transparenz gegenüber den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltungen, Gemeinderäten, Einwohnern usw.

Durch § 3 der Verbandssatzung wurden dem Zweckverband folgende kommunale Aufgaben übertragen. Es handelt sich um Pflicht- und freiwillige Aufgaben der Verbandsgemeinden.

1. Unterhaltung und Bewirtschaftung von Gemeindestraßen, öffentlichen Grün- und Parkanlagen
2. Straßenreinigung und Winterdienst
3. Unterhaltung öffentlicher Gewässer und wasserbaulicher Anlagen
4. Heimatpflege
5. Friedhofsunterhaltung
6. Unterhaltung Sportstätten und Freibäder
7. Naturschutz und Landschaftspflege.

Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung der Aufgaben Dritter zu bedienen. Über die übertragenen Aufgaben hinaus erfüllt der Zweckverband auf konkrete Anforderung einer Verbandsgemeinde weitere technische und pflegerische Aufgaben, Dienstleistungen und Hilfsdienste und/oder stellt Geräte und Personal zur Verfügung. Leistungen aller Art für Dritte darf der Zweckverband nur in besonderen Ausnahmefällen erbringen.

3. Organisation

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern und zwei weiteren Vertretern eines jeden Verbandsmitgliedes, die vom Gemeinderat für die Dauer der Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt werden. Der Verbandsvorsitzende und ein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Bürgermeister für die Dauer ihres kommunalen Wahlamtes gewählt. Alle Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

Der Verbandsvorsitzende ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die sonstigen ihm übertragenen Aufgaben verantwortlich. Eine Betriebsleitung wurde nicht bestellt. Die Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes werden von der kaufmännischen Leiterin und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltungen (Geschäftsbesorgungsverträge) erledigt.

Das Bürgermeisteramt von Frau Birgit Reichel endete am 30. September 2014. Der neue Bürgermeister, Herr Volkmар Viehweg, vertritt die Gemeinde Stützengrün seit 1. Oktober 2014 in der Verbandsversammlung. Die übrigen Verbandsräte wurden nach den im Mai 2014 durchgeführten Kommunalwahlen von den Gemeinderäten neu bestimmt (Beschluss Z079/2014 des Gemeinderates Zschorlau vom 7. Juli 2014 und Beschluss GR6/04/01 des Gemeinderates Stützengrün vom 15. Juli 2014). Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter wurden in der Verbandsversammlung am 18. Dezember 2014 durch die Beschlüsse ZKD008/2014 und ZKD009/2014 neu gewählt. Am 31. Dezember 2014 gehören der Verbandsversammlung folgende Verbandsräte an:

Verbandsvorsitzender:	Herr Wolfgang Leonhardt (Bürgermeister Zschorlau)
stv. Verbandsvorsitzender:	Herr Volkmар Viehweg (Bürgermeister Stützengrün)
Verbandsräte:	Herr Jürgen Vogel (Gemeinderat Stützengrün)
	Herr Rico Baumgärtel (Gemeinderat Stützengrün)
	Herr Gerd Habenicht (Gemeinderat Zschorlau)
	Herr Ronny Stierand (Gemeinderat Zschorlau)

II. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 31 Abs. 1 SächsEigBVO besteht der Jahresabschluss aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht. Auf den Jahresabschluss finden die §§ 242 bis 287 und 289 HGB in der Fassung der Änderung vom 15. Juli 2014 sinngemäß Anwendung.

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts vom 28. November 2013 wurde das SächsEigBG zum 31. Dezember 2013 aufgehoben. Die darin enthaltenen Regelungen wurden in die SächsEigBVO vom 16. Dezember 2013 aufgenommen, die am 1. Januar 2014 in Kraft trat. Inhaltliche Änderungen, insbesondere zu den Vorschriften zum Jahresabschluss und Lagebericht sowie zu deren Prüfung, ergaben sich dadurch nicht.

Die Anwendungshinweise des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum SächsEigBG vom 17. April 2012 wurden bisher nicht überarbeitet und haben deshalb vorerst noch Gültigkeit. Diese bestimmen, dass sich der Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen richtet, ergänzt durch die Vorgaben der SächsEigBVO.

Die Inhalte des Anhangs sind in den §§ 284 bis 288 HGB aufgeführt:

- Erläuterung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 284 HGB)
- Sonstige Pflichtangaben (§ 285 HGB)
- Unterlassen von Angaben, größenabhängige Erleichterungen (§§ 286, 288 HGB)

§ 29 Abs. 1 SächsEigBVO fordert für Anhang und Anlagennachweis zusätzlich:

(1) Für die Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses gilt für die Darstellung im Anhang § 285 Nr. 9 und 10 des Handelsgesetzbuchs entsprechend; für sonstige in leitender Funktion tätige Personen gilt nur § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuchs entsprechend.

(2) Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen ist in einem Anlagennachweis als Bestandteil des Anhangs darzustellen.

III. Erläuterung der Bilanz

1. Form und Gliederung

Nach § 26 Abs. 1 SächsEigBVO ist die Bilanz entsprechend der §§ 266 bis 274 HGB in Kontoform aufzustellen. Die Bilanz des Zweckverbandes folgt der Gliederung des § 266 Abs. 2 und 3 für große Kapitalgesellschaften.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Nach § 24 Abs. 1 SächsEigBVO sind auf die Buchführung und das Inventar die §§ 238 bis 241 HGB entsprechend anzuwenden.

Der Zweckverband befolgt die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 HGB:

- Bilanzidentität: Die Eröffnungsbilanz eines Geschäftsjahres und die Schlussbilanz des vorhergehenden Geschäftsjahres stimmen überein.
- Unternehmensfortführung: Bei der Bewertung wird vom langfristigen Fortbestand des Zweckverbandes ausgegangen.
- Einzelbewertung: Vermögensgegenstände und Schulden werden grundsätzlich einzeln bewertet mit Ausnahme der Vorräte des Umlaufvermögens, auf die Bewertungsvereinfachungsverfahren nach § 256 HGB angewandt werden.
- Vorsichtsprinzip: Es gelten das Niederstwertprinzip für Vermögensgegenstände, das Höchstwertprinzip für Schulden und das Realisationsprinzip für Gewinne.
- Periodenabgrenzung: Aufwendungen und Erträge werden dem Geschäftsjahr zugeordnet, in dem sie wirtschaftlich entstanden sind. Zur Umsetzung werden aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.
- Bewertungsstetigkeit: Die gewählten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden sowie Form und Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden in den Folgejahren beibehalten.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die jeweiligen Bilanzpositionen werden im folgenden Abschnitt dargestellt.

3. Erläuterung der Bilanz

AKTIVA

A Anlagevermögen

Gemäß § 29 Abs. 2 SächsEigBVO i. V. m. § 268 Abs. 2 HGB ist dem Anhang ein Anlagenachweis beizufügen, der die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens darstellt (Zu- und Abgänge, Umbuchungen, gesamte Abschreibungen, Abschreibungen des Wirtschaftsjahres, Zuschreibungen, Restbuchwerte).

I. Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wurde mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Einbeziehung nicht abzugsfähiger Vorsteuern bewertet. Der Abnutzung wird durch planmäßige lineare Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer Rechnung getragen. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

I. 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

02700000

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsgebäude

Herstellungskosten des Betriebsgebäudes, das von 2007 bis 2012 umfassend saniert wurde. Im Jahr 2014 wurde nur planmäßig abgeschrieben.

02900000

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit sonstigen Gebäuden

Wert des Betriebsgrundstückes in Stützengrün, Gemarkung Lichtenau (Flurstück-Nr.: 230/8).

I. 2. Technische Anlagen und Maschinen

06100000

Fahrzeuge

Fahrzeuge, Anhänger, Fahrzeugaufbauten, Anbaugeräte und Baufahrzeuge, überwiegend abgeschrieben und nur mit einem Erinnerungswert von 1,00 Euro ausgewiesen. Fahrzeuge werden meist durch Leasing finanziert und sind damit kein Eigentum und Anlagevermögen des Zweckverbandes. Die Leasingaufwendungen sind Bestandteil der GuV. Im Jahr 2014 wurde ein Pflasterputzer (Wildkrautbürste) als Anbaugerät für einen Unimog angeschafft (Erweiterungsinvestition).

06200000

Maschinen und technische Anlagen

Kompressor und (Motor-)Sägen. Im Jahr 2014 wurde eine Motorsäge angeschafft (Ersatzinvestition).

06300000

Betriebsvorrichtungen

Drei Salzsilos mit Laderampe, Kleinkläranlage, Soleerzeuger und Beleuchtungseinrichtungen. Im Jahr 2014 wurde nur planmäßig abgeschrieben.

I. 3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

07400000

Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung

Einrichtungsgegenstände des Büro- und Sozialbereiches im Betriebsgebäude (Büromöbel, Kücheneinrichtung usw.) und technische Geschäftsausstattung (Rasenmäher, Motorsensen, Rüttelplatten, Schweißgerät usw.). Im Jahr 2014 wurden ein Rasenmäher und ein Laserdrucker angeschafft (Ersatzinvestitionen).

07600000

Sammelposten für bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens von mehr als 150 bis 1.000 EUR

Gemäß den bis 31. Dezember 2009 gültigen ertragsteuerlichen Regelungen werden geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) mit Anschaffungskosten bis 150,00 Euro im Zugangsjahr sofort vollständig abgeschrieben. GWG mit Anschaffungskosten über 150,00 Euro und unter 1.000,00 Euro werden in einem Sammelposten erfasst, der einheitlich (ohne Beachtung des tatsächlichen Verschleißes und Verbleib im Unternehmen) linear über fünf Jahre abgeschrieben wird.

I. 4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

09600000

Anlagen im Bau

Nach Sanierung des Betriebsgebäudes besteht noch umfassender Investitionsbedarf im Außengelände (Entwässerung, Zaun- und Toranlage, Befestigung u. a.). Im Jahr 2014 wurden vom beauftragten Ingenieurbüro weitere anteilige Planungsleistungen berechnet und als Anlage im Bau aktiviert. Die Umsetzung der Baumaßnahmen erfolgt ab 2015 schrittweise in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln.

B Umlaufvermögen

I. Vorräte

Der Zweckverband betreibt keine Vorratshaltung für Material und Baustoffe. Diese werden bei Bedarf gekauft und sofort als Materialaufwand dem jeweiligen Auftrag zugeordnet. Die einzige Ausnahme betrifft den Dieselmotorkraftstoff für Fahrzeuge und Maschinen, siehe Erläuterung zu Konto 08300000 Vorräte an Betriebsstoffen.

Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden zu Anschaffungskosten unter Einbeziehung nicht abzugsfähiger Vorsteuern bewertet. Gemäß § 256 HGB werden Bewertungsvereinfachungsverfahren angewandt. Zu beachten ist das strenge Niederstwertprinzip nach § 254 Abs. 4 HGB, wenn der Marktpreis am Abschlussstichtag unterhalb der Anschaffungskosten liegt.

Eine Besonderheit besteht für das im Winterdienst verwendete Auftausalz. Dieses wird durch den Zweckverband eingekauft, auf seinem Betriebsgelände gelagert, den Verbandsgemeinden aber unmittelbar nach Beschaffung in Rechnung gestellt. Das Salz geht dadurch in das Eigentum der Gemeinden über. Der am 31.12. eines Jahres vorhandene Bestand ist in der gemeindlichen Bilanz auszuweisen. Diese Praxis dient der Liquiditätssicherung des Zweckverbandes, der nicht durch Vorfinanzierung von Beständen übermäßig belastet werden soll.

I. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

08300000

Vorräte an Betriebsstoffen

Vorratshaltung wird nur für Dieselmotorkraftstoff betrieben. In Anwendung der Bewertungsvereinfachungsverfahren gemäß § 256 HGB wird unterstellt, dass die zuerst eingekauften Mengen auch zuerst verbraucht werden (FIFO-Verfahren). Im zweiten Halbjahr 2014 ist der Dieselpreis stark gesunken (monatliche ADAC-Durchschnittspreise: von 1,373 Euro im Juli auf 1,203 Euro pro Liter im Dezember). Die Anschaffungskosten des Schlussbestandes am 31. Dezember 2014 betrugen 1.566,04 Euro (1.400 Liter aus der Lieferung vom 22. Dezember 2014 bei 1,1186 Euro pro Liter). Der durchschnittliche Marktpreis am Abschlussstichtag liegt nicht unterhalb der individuellen Anschaffungskosten, sodass das strenge Niederstwertprinzip nicht angewandt werden muss.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen grundsätzlich nur für seine Verbandsgemeinden, sodass Forderungen aus Lieferungen und Leistungen regelmäßig nur gegen diese bestehen. Das Risiko von Zahlungsausfällen ist damit als äußerst gering einzuschätzen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert bilanziert.

Für erkennbare Risiken aus sonstigen Forderungen werden bei Bedarf Einzelwertberichtigungen durchgeführt. Pauschalwertberichtigungen sind nicht vorgesehen.

II. 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

16112010

Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Sonstige

Forderungen gegen sonstige Einrichtungen liegen nur in unbedeutender Höhe vor. Die Restlaufzeiten betragen weniger als ein Jahr.

16112020

Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Verbandsgemeinden

Forderungen aus der Leistungserbringung für die Verbandsgemeinden Zschorlau und Stützengrün aus November und Dezember 2014. Die Restlaufzeiten betragen weniger als ein Jahr.

II. 2. Sonstige Vermögensgegenstände

15400000

Forderungen aus Transferleistungen

Forderungen gegen die Verbandsgemeinden für finanzielle Verpflichtungen des Zweckverbandes aus den früheren Arbeitsverhältnissen seiner Mitarbeiter. Durch Betriebsübergang gemäß § 613a BGB übernahm der Zweckverband zum 1. Januar 2010 alle Rechte und Pflichten aus den Beschäftigungsverhältnissen:

- Resturlaub und Überstunden des Jahres 2009 wurden im Jahr 2010 durch den Zweckverband gewährt bzw. in Freizeit ausgeglichen
- Altersteilzeitarbeitsverträge aus dem Jahr 2006 mit Beginn der Aktivphase im Jahr 2009 wurden fortgeführt

Die Eröffnungsbilanz wurde im Jahr 2014 aufgestellt. Dabei vereinbarten Zweckverband und Verbandsgemeinden, dass diese den Erfüllungsrückstand zum 31. Dezember 2009 an den Zweckverband erstatten. Der Zweckverband hat somit eine Forderung in Höhe der zu ermittelnden Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit. Die Berechnung erfolgte im Jahr 2015 bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010. Siehe dazu V. 4. Sonstige Pflichtangaben / Rückstellungen.

Der Nominalwert der Forderungen beträgt 96.329,21 Euro, festgestellt durch Beschluss der Verbandsversammlung ZKD006/2015 vom 9. Juli 2015: 49.607,57 Euro gegenüber der Gemeinde Stützengrün und 46.721,64 Euro gegenüber der Gemeinde Zschorlau. Als Fälligkeitstermin wurde der 31. Dezember 2016 festgesetzt.

Unverzinslichkeit und Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erforderten zunächst eine Barwertabzinsung. Als Zinssatz wurden 2% angenommen. Der Abwertungsaufwand zum 31. Dezember 2010 betrug 9.080,88 Euro. Von 2011 bis 2015 wird schrittweise wieder aufgezinnt (Ertragskonto 35831000 Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen). Auf Konto 15400000 wird bis 31. Dezember 2014 somit nicht der Nominalbetrag, sondern der jeweils geltende Barwert ausgewiesen.

Die Forderung gegen die Gemeinde Zschorlau in Höhe von 46.721,64 Euro wurde im Jahr 2013 mit den Verbindlichkeiten des Zweckverbandes aus der Übernahme des Anlagevermögens verrechnet. Am 31. Dezember 2014 besteht nur noch die Forderung gegen die Gemeinde Stützengrün in Höhe von 49.607,57 Euro (nominell), abgezinst 47.718,46 Euro.

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Kassenbestände und Bankguthaben sind zu Nennwerten bilanziert.

17110000

Sichteinlagen bei Banken und Versicherungen

Kontoabschluss des Geschäftskontos bei der Erzgebirgssparkasse am 30. Dezember 2014 mit einem Guthaben von 137.724,41 Euro.

17310000

Bargeld

Bargeldbestand der Handkasse von 100,65 Euro.

C Rechnungsabgrenzungsposten

I. Rechnungsabgrenzungsposten

Gemäß § 250 Abs. 1 HGB werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, als Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt.

18000000

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Jahr 2014 gezahlte Versicherungsbeiträge des Wirtschaftsjahres 2015.

PASSIVA

A Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zu Nennwerten bilanziert.

I. Kapitalrücklage

20100000

Basiskapital

Die Gemeinden Zschorlau und Stützengrün sind jeweils zur Hälfte am Zweckverband beteiligt. In der Eröffnungsbilanz betrug das Basiskapital 425.092,48 Euro als Wert des eingebrachten Grundstückes mit Betriebsgebäude/Salzsilos.

Für die Tilgung des in 2011 aufgenommenen Investitionskredites leisten die Verbandsgemeinden unterjährig Sonderzahlungen in Höhe von insgesamt 30.000,00 Euro pro Jahr. Diese Liquiditätshilfen sollen als Eigenkapitalzuführung behandelt werden. Die Verbandsversammlung beschließt dies bei der Feststellung des Jahresabschlusses gemäß § 27 Abs. 1 Satz 3 SächsEigBVO. Im Jahr 2014 erhöht sich das Basiskapital dadurch um 30.000,00 Euro auf 507.592,48 Euro.

II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Die Verbandsversammlung hat bei der Feststellung der bisherigen Jahresabschlüsse beschlossen, die Jahresergebnisse auf neue Rechnung vorzutragen:

- Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 80.575,75 Euro
Beschluss ZKD008/2015 vom 27. August 2015
- Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 35.971,64 Euro
Beschluss ZKD002/2016 vom 17. März 2016
- Jahresfehlbetrag zum 31. Dezember 2012 in Höhe von -1.416,03 Euro
Beschluss ZKD008/2016 vom 25. August 2016
- Jahresüberschuss zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 95.565,05 Euro
Beschluss ZKD011/2016 vom 08. Dezember 2016

Am 31. Dezember 2014 beträgt der Gewinnvortrag insgesamt 210.696,61 Euro.

III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Gemäß § 26 Abs. 1 SächsEigBVO findet § 268 Abs. 1 HGB keine Anwendung. Die Bilanz darf somit nicht unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt werden.

Der Zweckverband schließt das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 63.394,28 Euro ab.

Die Wirtschaftspläne werden stets mit dem Ziel der Kostendeckung und ohne Gewinnerzielungsabsicht aufgestellt. Die Summe der ordentlichen Erträge entspricht der Summe aller ordentlichen Aufwendungen einschließlich Finanzaufwendungen, sodass ein Jahresergebnis von Null Euro geplant wird. Bis zum Wirtschaftsjahr 2015 wurde nur aufgrund der in der GuV enthaltenen Kreditumlagen ein Jahresgewinn geplant. Mit Darstellung der Kreditumlagen auf der Finanzierungsebene (Liquiditätsrechnung) ist das Kostendeckungsprinzip ab 2016 unmittelbar im Wirtschaftsplan ersichtlich.

Die Vorkalkulation der Verrechnungssätze für Personal-, Fahrzeug- und Maschinenstunden erfolgt auf Basis des Wirtschaftsplans ohne Gewinnzuschlag. Alle Materialaufwendungen werden den Gemeinden ebenfalls ohne Aufschlag weiterberechnet. Die tatsächlichen Einsatzstunden werden allerdings von mehreren nicht vorhersehbaren Faktoren beeinflusst, sodass das Ist-Ergebnis regelmäßig vom Wirtschaftsplan abweicht und zu einem Jahresgewinn oder -verlust führt. Wesentliche Einflüsse sind Schwankungen der Ist-Personalstunden (Über-/Unterschreitung der bei der Vorkalkulation verwendeten Jahresleistungszeit) und die notwendigen Winterdienstleistungen (Mehrarbeit und Fahrzeugeinsatz).

Bei Feststellung des Jahresabschlusses wird die Verbandsversammlung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 1 SächsEigBG über die Verwendung des Jahresgewinns beschließen.

Auf dem Betriebsgelände des Zweckverbandes sind noch umfangreiche Investitionen notwendig (Entwässerung, Zaun- und Toranlage, Verkehrsflächen u. a.). Diese sollen grundsätzlich nur aus Eigenmitteln finanziert werden. Da die jährlich erwirtschafteten Abschreibungen dafür nicht ausreichen, wird empfohlen, den Jahresüberschuss im Zweckverband zu belassen und auf neue Rechnung vorzutragen. Vorbehaltlich der noch nicht ermittelten Jahresergebnisse 2015 und 2016 sollten die erzielten Finanzmittelüberschüsse für erforderliche Investitionen verwendet werden.

B Sonderposten

1. Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen

Fördermittel und Zuwendungen Dritter zur Finanzierung von Investitionen in Anlagevermögen werden als Sonderposten ausgewiesen und über die Abschreibungsdauer des Anlagegutes ertragswirksam aufgelöst.

21111000

Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen Land

Die auf dem Betriebsgelände errichtete Kläranlage wurde mit 1.500,00 Euro gefördert. Der Investitionszuschuss wird als Sonderposten ausgewiesen, vermindert um die zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres angefallene Abschreibung.

C Rückstellungen

Gemäß § 249 Abs. 1 HGB werden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessenem Umfang gebildet. Im Zweckverband betrifft dies vorrangig ungewisse Personalaufwendungen. Die Bilanzierung richtet sich nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB und erfolgt in Höhe des voraussichtlich notwendigen Erfüllungsbetrages. Der Bilanz ist ein Rückstellungsspiegel beigelegt, der die Entwicklung der einzelnen Rückstellungen darstellt und gemäß § 285 Nr. 12 HGB die Zusammensetzung der sonstigen Rückstellungen erläutert.

1. Sonstige Rückstellungen

Das Personal der früheren Bauhöfe ist zum 1. Januar 2010 auf den Zweckverband übergegangen, der damit alle Rechte und Pflichten aus den bestehenden Arbeitsverhältnissen übernahm. Dies betraf vor allem zukünftige Zahlungsverpflichtungen aus bereits abgeschlossenen Altersteilzeitarbeitsverträgen. Bei Aufstellung der Eröffnungsbilanz vereinbarten Zweckverband und Verbandsgemeinden, dass diese den zum 31. Dezember 2009 ermittelten Erfüllungsrückstand an den Zweckverband erstatten. Die Berechnung der Rückstellung erfolgte erstmalig im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010. Rückstellungen werden auch für die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Urlaubstage und Überstunden gebildet. Zu Grundlagen und Berechnungsverfahren siehe Gliederungspunkt V. 4. Sonstige Pflichtangaben / Rückstellungen.

Außerdem werden Rückstellungen für die Kosten der Jahresabschlussprüfung ausgewiesen. Zu Grundlagen und Berechnungsverfahren siehe Gliederungspunkt V. 3. Sonstige Pflichtangaben / Gesamthonorar des Abschlussprüfers.

28210000

Entgeltrückstellungen / Urlaub und Überstunden

Rückstellungen für die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Urlaubstage und Überstunden, die im Folgejahr gewährt bzw. in Freizeit ausgeglichen werden. Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 gebildete Rückstellung wurde im Jahr 2014 in Anspruch genommen und mindert die Personalaufwendungen. Der Wert der am 31. Dezember 2014 noch vorhandenen Urlaubstage und Überstunden wird der Rückstellung zugeführt.

28220000

Entgeltrückstellungen / Altersteilzeit, Laufzeit > 1 Jahr

Rückstellungen für Verpflichtungen aus zwei Altersteilzeitarbeitsverträgen im Blockmodell. Ein Vertrag wurde im Jahr 2006 durch die Gemeinde Zschorlau abgeschlossen, der zweite Vertrag durch den Zweckverband im Jahr 2012. Beim „Altvertrag“ begann die Aktivphase im Jahr 2009. Zum 31. Dezember 2009 wurde der Rückstellungsbetrag ermittelt und als Forderung gegen die Gemeinde geltend gemacht. In dieser Forderung sind hauptsächlich die bereits für die gesamte Vertragslaufzeit zurückgestellten Aufstockungsbeträge enthalten.

Die Freizeitphase der Altersteilzeitarbeitsverträge begann am 1. August 2013 bzw. 1. Oktober 2013. Im Jahr 2014 werden Arbeitsentgelt und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung sowie die Aufstockungsbeträge aus der Rückstellung in Anspruch genommen und mindern den Personalaufwand. Die Rückstellung wird bis zur Beendigung des „Altvertrages“ im Jahr 2017 nur noch abgebaut.

28932000

Sonstige Rückstellungen / Erstellung und Prüfung Jahresabschluss

Kosten der Jahresabschlussprüfung für die Wirtschaftsjahre 2010 bis 2014, jeweils für Wirtschaftsprüfer und örtliche Prüfungseinrichtung. Außerdem wird der zugehörige interne Personalaufwand zurückgestellt. Die für die Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz gebildete Rückstellung wird im Jahr 2014 in Anspruch genommen und mindert den Personalaufwand.

D Verbindlichkeiten

Gemäß § 285 Abs. 1 HGB ist der Bilanz eine Übersicht aller Verbindlichkeiten unter Angabe der Restlaufzeiten beigefügt. Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

23170040

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen von Kreditinstituten

Der Zweckverband nahm im Jahr 2011 einen Investitionskredit der KfW Bankengruppe über 270.000,00 Euro auf. Mit dem Kredit wurden die Sanierung des Betriebsgebäudes und die Errichtung einer Soleanlage zur Feuchtsalzerzeugung finanziert. Die Tilgung begann im Jahr 2012 und beträgt jährlich 30.000,00 Euro (für 2012 anteilig 22.500,00 Euro).

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

25110000

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Enthalten sind Verbindlichkeiten aus der laufenden Leistungserbringung in den Gemeinden und der Unterhaltung des Zweckverbandes, z. B. für Fremdleistungen, Salz- und andere Materiallieferungen, Fahrzeugreparaturen, Dieselmotorkraftstoff oder Verwaltungskosten. Die Restlaufzeiten betragen weniger als ein Jahr.

3. Sonstige Verbindlichkeiten

26119000

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Gegenüber den Verbandsgemeinden bestehen Verbindlichkeiten aus der Übernahme von beweglichem Anlagevermögen zum 1. Januar 2010. Ein Teil der Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinde Zschorlau wurde im Jahr 2013 mit der Forderung des Zweckverbandes aus Personalübernahme verrechnet. Die Verbindlichkeiten aus der Übernahme von Anlagevermögen reduzierten sich dadurch auf 20.627,95 Euro: 18.640,00 Euro gegenüber der Gemeinde Zschorlau und 1.987,95 Euro gegenüber der Gemeinde Stützengrün. Zur Verrechnung siehe auch Gliederungspunkt III. 3. B II. 4. Erläuterung der Bilanz / Umlaufvermögen / Sonstige Vermögensgegenstände.

Die übrige Verbindlichkeit von 5.600,91 Euro besteht gegenüber dem Finanzamt für die Lohnsteuer aus Dezember 2014.

27910000

Sonstige Verbindlichkeiten

Enthalten sind die Sitzungsgelder der Verbandsräte für die Verbandsversammlungen und Versicherungsbeiträge des Kommunalen Schadenausgleichs.

4. Zusammenfassung

Bilanz	31.12.2014	01.01.2014		31.12.2014	01.01.2014
AKTIVA			PASSIVA		
A Anlagevermögen	726.295,63	744.046,23	A Eigenkapital	781.683,17	688.288,89
B Umlaufvermögen	377.703,03	329.857,31	B Sonderposten	1.002,00	1.107,00
C Rechnungsabgrenzungsposten	549,08	5.236,92	C Rückstellungen	95.721,43	126.592,49
			D Verbindlichkeiten	226.141,14	263.152,08
Bilanzsumme	1.104.547,74	1.079.140,46		1.104.547,74	1.079.140,46

IV. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Form und Gliederung

Nach § 28 Abs. 1 SächsEigBVO ist die GuV entsprechend der §§ 275, 277 und 278 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufzustellen. Die GuV des Zweckverbandes folgt der Gliederung nach § 275 Abs. 2 HGB. Der Zweckverband arbeitet in nur einem Betriebszweig, sodass eine nach Betriebszweigen getrennte GuV gemäß § 28 Abs. 3 SächsEigBVO entfällt.

2. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

Relevante Unterschiede zwischen Wirtschaftsplan und Ist-Ergebnis sowie erklärungsbedürftige Besonderheiten auf einzelnen Konten werden nachfolgend erläutert.

1. Umsatzerlöse

34110000

Erträge aus Mieten und Pachten

Mieteinnahmen für die Bereitstellung von Verkaufsständen auf Weihnachtsmärkten, Heimatfesten u. a. Veranstaltungen in den Verbandsgemeinden.

34830000

Erträge aus Kostenerstattung / Zweckverbände

Kostenerstattung des Zweckverbandes Muldentalradweg für die Unterhaltung des zur Gemeinde Zschorlau gehörenden Abschnitts des Mulderadwegs.

34880000

Erträge aus Kostenerstattung / Sonstige

Leistungen für Dritte erbringt der Zweckverband nur in begründeten Ausnahmefällen, z. B. für andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder Einrichtungen in engem Zusammenhang mit den Verbandsgemeinden. Im Jahr 2014 übernahm der Zweckverband in der Kindertagesstätte „Mäusekiste“ in Hundshübel die Aufstellung und Reparatur von Spielgeräten. Die Kosten wurden vom Johanniter Unfallhilfe e. V. erstattet.

Das Sachkonto enthält außerdem die Aufwandsentschädigung eines Internet Service Providers für die Anbringung/Nutzung seiner Richtfunkantenne auf dem Betriebsgelände.

4. Sonstige betriebliche Erträge

31510000

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen

Ertragswirksame Auflösung des Zuschusses von 1.500,00 für die Errichtung der Kleinkläranlage.

31820010, 31820020

Allgemeine Umlagen / Zschorlau, Stützengrün

Der Zweckverband nahm im Jahr 2011 einen Investitionskredit auf. Die Tilgung wird durch unterjährige Sonderzahlungen von insgesamt 30.000,00 Euro je Gemeinde finanziert (für 2012 anteilig 22.500,00 Euro). Diese Liquiditätshilfen dienen nicht der laufenden Betriebsführung und sind somit nicht als betriebliche Erträge anzusehen. Sie sind der Finanzierungsebene zuzuordnen, siehe Liquiditätsrechnung, Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit. Über die Behandlung als Eigenkapitalzuführung beschließt die Verbandsversammlung bei der Feststellung des Jahresabschlusses. Die Wirtschaftspläne bis 2015 enthielten die Kreditumlagen noch in der Gewinn- und Verlustrechnung. Dies wird in den Jahresabschlüssen korrigiert.

5. Materialaufwand

Als Materialaufwand werden alle Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie beauftragte Dienstleistungen ausgewiesen, die unmittelbar zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dienen. Dazu gehören auch Aufwendungen für die Unterhaltung des Betriebsgebäudes sowie der Fahrzeuge und technischen Ausstattung, da sie zur Leistungserbringung eingesetzt werden bzw. dafür zwingend notwendig sind.

5a) Aufwendung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

42210000

Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Materialeinzelkosten, die den übertragenen Aufgaben direkt zugeordnet werden können. Die Aufgaben werden in der Finanzbuchhaltung als Produkte und in der Leistungsrechnung als Dauer- und Einzelaufträge organisiert.

42220000, 42220010, 42220020, 42220030, 42220040

Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens / Werkstatt, Winterdienst, Grünflächen, Straßenunterhaltung

Aufwendungen (Ersatzteile, Reparaturdienstleistungen, Kraft- und Betriebsstoffe u. ä.) für die Unterhaltung der Maschinen und Geräte (Schneepflüge, Streuaufsätze, Rasenmäher, Motorsensen, Rüttelplatten, Bagger, Schweißgeräte usw.). Die notwendigen Aufwendungen sind aufgrund der schwankenden Aufgabenintensität nicht zuverlässig planbar. Während im Vorjahr die Aufwendungen der Schneepflüge (Sachkonto 42220020) über den Planwerten lagen, betraf die Überschreitung im Jahr 2014 den Bereich Straßenunterhaltung (Sachkonto 42220040). Kostentreiber sind hier vor allem die Reparatur- und Kraftstoffkosten der beiden Bagger sowie Verschleißteile für Kehrmaschine und Pflasterputzer.

42320000

Leasingaufwendungen, sofern kein Finanzierungsleasing

Fahrzeuge werden überwiegend mittels Leasing finanziert. Rechtsgrundlage für die Beurteilung der Verträge sind der Mobilien-Leasing-Erlass des BMF vom 19. April 1971 und der Teilamortisations-Erlass des BMF vom 22. Dezember 1975. Finanzierungsleasing liegt bei den Fahrzeugen des Zweckverbandes regelmäßig nicht vor. Wirtschaftlich sind die Fahrzeuge dem Leasinggeber zuzurechnen, der diese bilanzieren muss. Die Leasingraten des Zweckverbandes sind Betriebsausgaben und laufender Aufwand in der GuV.

42410010

Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen für Energie

Energiebedarf besteht für Normalstrom und Wärmepumpenstrom des Betriebsgebäudes sowie für den in Zschorlau genutzten Aufenthaltsraum.

42510010

Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Dieselkraftstoff u. a. Betriebsstoffe

Aufwendungen für Dieselkraftstoff und sonstige Betriebsstoffe. Im Wirtschaftsplan wurden nur die Betriebsstoffe auf Konto 42510010 geplant. Die geschätzten Dieselaufwendungen wurden auf die einzelnen Fahrzeuggruppen (Sachkonten 42510020 bis 42510050) verteilt. In der Finanzbuchhaltung ist diese Aufteilung entbehrlich, sondern vielmehr Bestandteil der internen Kostenrechnung, sodass die gesamten Dieselaufwendungen auf Sachkonto 42510010 gebucht wurden.

42510020, 42510030, 42510040, 42510050

Aufwendungen für die Haltung von Fahrzeugen / Transporter, Multicar, Unimog, Sonstiges

Aufwendungen für Versicherung, Reparaturen und Ersatzteile der Fahrzeuge. Der Wirtschaftsplan beinhaltet zusätzlich die Dieselaufwendungen. Der Planwert der Sachkonten 42510010 bis 42510050 beträgt insgesamt 82.000,00 Euro. Mit Ist-Aufwendungen von insgesamt rund 49.000,00 Euro wurde der Wirtschaftsplan deutlich unterschritten.

42810000

Aufwendungen für Vorräte

Aufwendungen für Auftausalz im Winterdienst. Zur Bilanzierung siehe III. Erläuterung der Bilanz, Aktiva, B Umlaufvermögen, I. Vorräte. Der Streusalzbedarf ist stark witterungs- und temperaturabhängig, sodass ein zuverlässiger Planwert kaum festgestellt werden kann.

5b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

42910000

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen

Die Verbandsgemeinden erbringen für den Zweckverband Verwaltungsleistungen. Die Verbandsversammlung hat die Geschäftsbesorgungsverträge mit Beschluss ZKD011/2013 vom 14. November 2013 neu gefasst und die Kostenerstattung des Zweckverbandes ab 2014 erstmalig festgelegt. Das Sachkonto enthält neben diesen planbaren Aufwendungen auch die stark schwankenden Ausgaben für Dienstleistungen von Dritten im Winterdienst.

6. Personalaufwand

6a) Löhne und Gehälter

40120000

Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte

Die beiden noch laufenden Altersteilzeitarbeitsverträge befinden sich seit 2013 in der Freizeitphase. Das gezahlte Arbeitsentgelt einschließlich der Aufstockungsbeträge wird aus der Rückstellung wegen Altersteilzeit in Anspruch genommen. Der Aufwand auf Sachkonto 40120000 mindert sich dadurch um rund 27.500,00 Euro.

Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 gebildete Rückstellung für noch nicht genommene Urlaubstage und Überstunden wurde im Jahr 2014 in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte auch für den internen Personalaufwand zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz. Der Aufwand auf Sachkonto 40120000 mindert sich insgesamt um weitere 7.500,00 Euro.

40120001

Rückstellung Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte (interner Personalaufwand)

Zuführung zur Rückstellung für die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 (Bilanzkonto 28932000 Sonstige Rückstellungen / Erstellung und Prüfung Jahresabschluss).

40120010

Zulagen und Zuschläge

Die variablen Entgeltbestandteile wurden separat geplant, sind im Ist-Ergebnis aber im Sachkonto 40120000 enthalten.

40190000

Dienstaufwendungen sonstige Beschäftigte

Im Jahr 2013 wurde im Sommerhalbjahr eine Saisonkraft beschäftigt. Ab 2014 wird darauf verzichtet, um den tarifbedingt steigenden Personalaufwendungen entgegenzuwirken.

6b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

4022000, 40320000

Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte, Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte

Die beiden noch laufenden Altersteilzeitarbeitsverträge befinden sich seit 2013 in der Freizeitphase. Der gezahlte Aufstockungsbetrag zum Rentenversicherungsbeitrag sowie die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung werden aus der Rückstellung wegen Altersteilzeit in Anspruch genommen. Der Aufwand auf Sachkonto 40320000 mindert sich dadurch um rund 7.000,00 Euro.

Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 gebildete Rückstellung für noch nicht genommene Urlaubstage und Überstunden wurde im Jahr 2014 in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme erfolgte auch für den internen Personalaufwand zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz. Der Aufwand auf den Sachkonten 40220000 und 4032000 mindert sich insgesamt um weitere 2.000,00 Euro.

40290000, 40390000

Beiträge zu Versorgungskassen sonstige Beschäftigte, Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung sonstige Beschäftigte

Im Jahr 2013 wurde im Sommerhalbjahr eine Saisonkraft beschäftigt. Ab 2014 wird darauf verzichtet, um den tarifbedingt steigenden Personalaufwendungen entgegenzuwirken.

40710000

Zuführung zu Entgeltrückstellungen wegen Altersteilzeit

Der Betriebsübergang zum 1. Januar 2010 führte zur Übernahme der Verpflichtungen aus zwei Altersteilzeitarbeitsverträgen, von denen einer zum 30. November 2013 endete. Ein dritter Altersteilzeitarbeitsvertrag wurde im Januar 2012 abgeschlossen. Bei beiden noch laufenden Verträgen begann im Jahr 2013 die Freizeitphase. Ab dem Jahr 2014 wird der Rückstellung wegen Altersteilzeit deshalb nichts mehr zugeführt.

40720000

Zuführung zu Rückstellungen für Urlaubsansprüche, Überstunden u. ä.

Für die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Urlaubstage und Überstunden wird eine Rückstellung gebildet, die im Folgejahr vollständig in Anspruch genommen wird. Verglichen mit dem Vorjahr fällt der Rückstellungswert am 31. Dezember 2014 rund 3.000,00 Euro höher aus. Bezüglich der Urlaubs- und Überstundenansprüche ergibt sich für 2014 somit eine Aufwandssteigerung.

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Enthalten sind Verwaltungsaufwendungen, Versicherungen und sonstige Geschäftsaufwendungen, die der Leistungserbringung nur indirekt dienen und deshalb Gemeinkosten sind.

44210000

Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Aufwandsentschädigung der Verbandsräte (außer Bürgermeister) für die Ausübung ihrer Tätigkeit gemäß § 3 der Entschädigungssatzung des Zweckverbandes: 20,00 Euro je Verbandsrat und teilgenommene Verbandsversammlung (Sitzungsgeld).

44230000

Datenverarbeitung

Wartungspauschale der Bauhof-Software LIMES.

44290020

Mitgliedsbeiträge

Beitrag an den Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen (KAV) e. V.

44310040

Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten

Zuführung zur Rückstellung für die Prüfung des Jahresabschlusses für Wirtschaftsprüfer und örtliche Prüfungseinrichtung. Die Kosten sind unter V. Sonstige Pflichtangaben, 3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers dargestellt. Darüber hinaus sind die Kosten für drei Stellenbewertungen und das Beratungshonorar der externen Sicherheitsfachkraft enthalten.

44310060

Sonstige Geschäftsaufwendungen

Rundfunkbeitrag (GEZ), Aufwendungen für Gemeinschaftsveranstaltungen und Ehrungen.

44410000

Steuern und Versicherungen

Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung und sonstige Versicherungen (Betriebshaftpflicht-, Rechtsschutz-, Inhalts- und Immobilienversicherung).

11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

35831000

Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen

Ertrag aus der Herabsetzung der Einzelwertberichtigung auf die unverzinslichen Forderungen gegen die Verbandsgemeinden (Bilanzkonto 15400000 Forderungen aus Transferleistungen). Die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 vorgenommene Abzinsung auf den Barwert wird von 2011 bis 2015 bis zur Erreichung des Nominalwerts schrittweise wieder aufgehoben (Aufzinsung). Siehe auch Gliederungspunkt III. B Erläuterung der Bilanz/ Umlaufvermögen, II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

45170000

Zinsaufwendungen an Kreditinstitute

Zinsen für den Investitionskredit aus dem Jahr 2011 mit Tilgungszeitraum bis 2021.

17. Außerordentliche Erträge

50120000

Empfangene Schadenersatzleistungen u. ä.

Erstattungen der Versicherungsgesellschaften für Schadensfälle, vor allem aus Fahrzeughaftpflicht- und Kaskoversicherungen.

18. Außerordentliche Aufwendungen

51130000

Aufwendungen aus Schadensfällen, Schadenersatz u. ä.

Reparaturaufwendungen aus Schadensfällen, die meist im Rahmen von Fahrzeughaftpflicht- oder Kaskoversicherung erstattet werden. Aufwendungen und Erstattung (Sachkonto 50120000) stimmen im Jahr 2014 überein.

51620000

Aufwendungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen

Im Jahr 2014 wurde eine defekte und bereits abgeschriebene Rüttelplatte ausgesondert. Der Erinnerungswert von 1€ wurde ausgebucht.

3. Zusammenfassung

Gewinn- und Verlustrechnung	Wirtschaftsplan 2014	Jahresergebnis 2014
1.-4. Ordentliche Erträge	1.110.810,00	985.915,26
5.-8. Ordentliche Aufwendungen	1.072.545,00	918.050,91
11. Finanzerträge	0,00	2.297,27
13. Finanzaufwendungen	6.765,00	6.766,36
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31.500,00	63.395,28
19. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-1,00
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.500,00	63.394,28

V. Sonstige Pflichtangaben

§ 285 HGB zählt die sonstigen Pflichtangaben des Anhangs auf. Für den Zweckverband sind als Anlagen beigefügt:

- Übersicht der Verbindlichkeiten unter Angabe der Restlaufzeit und für jede Position der Verbindlichkeiten nach dem Gliederungsschema (§ 285 Nr. 1 und 2 HGB, § 268 Abs. 5 HGB)
- Rückstellungsspiegel mit Erläuterung der „sonstigen Rückstellungen“ (§ 285 Nr. 12 HGB)

Weiterhin sind folgende Angaben notwendig:

- durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen (§ 285 Nr. 7 HGB)
- für Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses Angaben nach § 285 Nr. 9 und 10 HGB; für sonstige in leitender Funktion tätige Personen nur Angaben nach § 285 Nr. 9 HGB (§ 29 Abs. 1 SächsEigBVO)
- Gesamthonorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)
- Berechnungsverfahren und grundlegende Annahmen zur Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen (§ 285 Nr. 24 HGB)

Gemäß § 29 Abs. 2 SächsEigBVO i. V. m. § 268 Abs. 2 HGB wird dem Anhang außerdem ein Anlagennachweis beigefügt, der die Entwicklung der einzelnen Anlagegüter darstellt.

1. Arbeitnehmerschaft

Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 16 Arbeitnehmer unbefristet beschäftigt, davon 14 technische Mitarbeiter und zwei kaufmännische Mitarbeiterinnen.

Für einen technischen Mitarbeiter besteht ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis (Blockmodell) mit Vertragslaufzeit vom 1. April 2012 bis 31. März 2015. Mit Eintritt in die Freizeitphase am 1. Oktober 2013 wurde eine Ersatzeinstellung vorgenommen.

Eine kaufmännische Angestellte arbeitet ebenfalls in Altersteilzeit mit Vertragslaufzeit vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2017. Die Freizeitphase begann am 1. August 2013. Die kaufmännische Stelle wurde bereits ab 1. Juni 2012 nachbesetzt und aufgewertet (1,0 statt 0,5 Vollzeitäquivalente). Die bisher von Mitarbeitern der Gemeindeverwaltungen wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben (Geschäftsbesorgungsverträge) werden so weit wie möglich an den Zweckverband übergeben. Die Planungs- und Abrechnungsabläufe sollen dadurch optimiert, eine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung entwickelt sowie wirtschaftliche Entscheidungen unter Zeitgewinn direkt vor Ort getroffen werden.

Mitarbeiter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, haben Anspruch auf eine Zusatzversorgung. Grundlage ist § 25 TVöD-V i. V. m. dem ATV-K. Der Zweckverband ist Mitglied im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen / Zusatzversorgungskasse. Die Zusatzversorgung umfasst Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten.

Die Finanzierung der Zusatzversorgung erfolgt durch Umlagen und Zusatzbeiträge. Die Umlage beträgt 1,2 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts aller Beschäftigten (entspricht in etwa dem steuerpflichtigen Entgelt) und wird vom Arbeitgeber getragen. Der Zusatzbeitrag wird seit 1. Januar 2003 erhoben und dient dem Umstieg in eine kapitalgedeckte Altersversorgung, die die Umlagefinanzierung ablösen soll. Nach der allgemeinen Bilanzierungspraxis ist diese Verpflichtung nicht passiviert. Der Zusatzbeitrag beträgt 4% des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Beschluss des Verwaltungsausschusses der ZVK vom 7. Mai 2002). In den neuen Bundesländern trägt der Arbeitnehmer seit Juli 2007 die Hälfte des Zusatzbeitrages, d. h. 2% des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

2. Betriebsleitung, Betriebsausschuss und leitende Mitarbeiter

Betriebsleitung und Betriebsausschuss wurden für den Zweckverband nicht gebildet. Gemäß § 9 Abs. 3 der Verbandssatzung ist der Verbandsvorsitzende für die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die sonstigen ihm übertragenen Aufgaben sowie die sachgerechte Erledigung der Aufgaben des Zweckverbandes verantwortlich. Der Verbandsvorsitzende ist ehrenamtlich tätig.

Eine leitende Verwaltungsstelle gab es im Zweckverband bisher nicht. Seit Einstellung einer kaufmännischen Mitarbeiterin in Vollzeit ab 1. Juni 2012 haben die Verbandsgemeinden Verwaltungsaufgaben schrittweise an den Zweckverband übergeben. Dieser Prozess war im Jahr 2014 abgeschlossen. Seitdem übernehmen die Gemeindeverwaltungen nur noch folgende Aufgabenbereiche:

- Bauinvestitionen und größere Unterhaltungsmaßnahmen am Betriebsgebäude bzw. dem Betriebsgelände durch Gemeindeverwaltung Stützengrün
- Buchführung, Kassenwesen und Zahlungsverkehr sowie Entgeltrechnung durch die Gemeindeverwaltung Zschorlau

Die Verbandsversammlung hat am 14. November 2013 die Geschäftsbesorgungsverträge (Beschluss ZKD011/2013) und die Verbandssatzung (Beschluss ZKD012/2013) geändert. § 11 der Verbandssatzung bestimmt nun, dass der Zweckverband über eine eigene Verwaltung verfügt und die Verbandsgemeinden gemäß den Festlegungen in den Geschäftsbesorgungsverträgen bei der Erfüllung der Verwaltungsaufgaben mitwirken.

Seit 1. September 2014 führt die kaufmännische Mitarbeiterin die Stellenbezeichnung „kaufmännische Leiterin“. Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine Betriebsleitung i. S. v. der §§ 3 und 4 SächsEigBVO.

Für die praktische Planung, Koordinierung und Durchführung der übertragenen Aufgaben ist ein Vorarbeiter aus dem Kreis der technischen Mitarbeiter verantwortlich. Er arbeitet dabei eng mit den jeweiligen Amtsleitern der Gemeindeverwaltungen zusammen.

Gemäß § 286 Abs. 4 HGB können die in § 285 Nr. 9 a und b HGB verlangten Angaben über die Gesamtbezüge unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge einzelner Mitarbeiter feststellen lassen. Bei nur einer leitenden Verwaltungsstelle und einem Vorarbeiter trifft dieser Tatbestand zu.

3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Jahresabschluss und Lagebericht sind gemäß § 31 Abs. 2 SächsEigBVO der Jahresabschlussprüfung und örtlichen Prüfung zuzuführen.

Mit der Jahresabschlussprüfung zum 31. Dezember 2014 beauftragte die Verbandsversammlung den Wirtschaftsprüfer Dr. Karl-Christian Stopp, Am Steinkreuz 2 in 09468 Geyer (Beschluss ZKD010/2015 vom 09. November 2015). Das Gesamthonorar beträgt 3.451,00 Euro brutto.

Als örtliche Prüfungseinrichtung beauftragte die Verbandsversammlung das kommunale Rechnungsprüfungsamt des Zweckverbandes Wasserwerke Westerzgebirge, Am Wasserwerk 14 in 08340 Schwarzenberg (Beschluss ZKD012/2016 vom 08. Dezember 2016). Das Gesamthonorar beträgt 661,47 Euro brutto.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurden für diese Verbindlichkeiten Rückstellungen in Höhe von 4.112,47 Euro gebildet, siehe Anlage Rückstellungsspiegel mit Erläuterung der „sonstigen Rückstellungen“.

4. Rückstellungen

Im Zweckverband werden Rückstellungen für zukünftige Zahlungsverpflichtungen aus Altersteilzeitarbeitsverträgen sowie für die am Bilanzstichtag noch vorhandenen Urlaubstage und Überstunden gebildet.

Die für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 geltende Fassung des HGB beinhaltet die Änderungen des BilMoG vom 29. Mai 2009. Gemäß § 253 Abs. 1 und 2 HGB werden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bilanziert (vorher Bewertung zum Stichtagsprinzip). Somit sind künftige Preis- und Kostensteigerungen (Tarifsteigerungen bei Entgeltrückstellungen) im Zeitpunkt der Erfüllung zu berücksichtigen. Darüber hinaus müssen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst werden.

4. 1. Rückstellungen wegen Altersteilzeit

a) Grundlagen

Rechtliche Grundlagen der Altersteilzeitarbeitsverträge im Zweckverband sind das Altersteilzeitgesetz und gemäß § 36 Abs. 1 TVöD-V folgende Tarifverträge:

- Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit in der Fassung vom 30. Juni 2000 für vor dem 1. Januar 2010 begonnene Altersteilzeitarbeitsverhältnisse
- Tarifvertrag zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte vom 27. Februar 2010 für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse ab 1. Januar 2010

Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr (TV ATZ) bzw. 60. Lebensjahr (TV FlexAZ) vollendet haben, können mit ihrem Arbeitgeber ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis mit im Regelfall halbiertem durchschnittlicher Arbeitszeit vereinbaren. Für die Laufzeit der Vereinbarung wird das Altersteilzeitentgelt vom Arbeitgeber aufgestockt:

- gesetzliche Aufstockung um 20% (AltTZG) und tarifliche Aufstockung (TV ATZ) auf insgesamt 83% des letzten Nettoeinkommens für vor dem 1. Januar 2010 begonnene Altersteilzeitarbeitsverhältnisse
- gesetzliche Aufstockung um 20% (AltTZG) für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse ab 1. Januar 2010

Darüber hinaus ist durch den Arbeitgeber der Beitrag zur Rentenversicherung auf 90% aufzustocken. Bei Rentenminderung durch Renteninanspruchnahme vor Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze ist zusätzlich eine Abfindung zu zahlen.

Für alle Altersteilzeitarbeitsverträge im Zweckverband wurde die Anwendung des Blockmodells vereinbart. Die Vertragslaufzeit ist dabei jeweils zur Hälfte in Beschäftigungs- und Freizeitphase unterteilt. Während der Beschäftigungsphase leisten die Mitarbeiter ihre volle bisherige Arbeitszeit, erhalten jedoch nur das halbe Nettoeinkommen zuzüglich des Aufstockungsbetrags. In der Freizeitphase erbringen die Beschäftigten keine Arbeitsleistung, erhalten aber ebenfalls das halbe Nettoeinkommen zuzüglich des Aufstockungsbetrags.

Die Verbandsgemeinden schlossen im Jahr 2006 mit jeweils einem Mitarbeiter/in einen Altersteilzeitarbeitsvertrag nach dem Blockmodell ab („Altverträge“). Bei beiden Verträgen begann die Arbeitsphase im Jahr 2009, sodass die Regelungen des TV ATZ zutreffen (höhere Entgeltaufstockung auf insgesamt 83%). Der im Januar 2012 durch den Zweckverband geschlossene Altersteilzeitarbeitsvertrag („Neuvertrag“) mit Beginn im Jahr 2012 unterliegt den Bestimmungen des TV FlexAZ (nur gesetzliche Aufstockung um 20%).

Der Zweckverband übernahm die Verpflichtungen aus den beiden „Altverträgen“ durch Betriebsübergang. Der Wert der Rückstellungen zum 31. Dezember 2009 wurde als Forderung gegen die Gemeinden geltend gemacht und erstmalig im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 bilanziert.

b) Berechnungsmethode

Für die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen sind bereits mit Vertragsabschluss bzw. während der Aktivphase Rückstellungen zu bilden. Die Berechnung basiert auf den Bestimmungen von TV ATZ und TV FlexAZ. Verbandsgemeinden und Zweckverband vereinbarten die Verwendung eines einheitlichen Berechnungsschemas, das von der Gemeinde Zschorlau entwickelt wurde.

Liegen Vertragsabschluss und Beginn der Altersteilzeit in unterschiedlichen Wirtschaftsjahren, werden bereits im Jahr der Vereinbarung die Aufstockungsbeträge über die gesamte Laufzeit zurückgestellt (für Entgelt und Rentenversicherungsbeitrag). Zur Berechnung werden die Verdienstabrechnungen und die Mindestnettoetrags-tabellen für den TV ATZ benötigt.

Die gesetzliche Aufstockung gemäß AltTZG beträgt 20% des während der Altersteilzeit zustehenden Teilzeientgeltes (brutto). Bei Anwendung des TV ATZ (Altersteilzeitarbeits-verhältnisse vor dem 1. Januar 2010) muss die Aufstockung dabei so hoch sein, dass der Arbeitnehmer mindestens 83% des Nettoentgeltes vor Beginn der Altersteilzeit erhält (Mindestnettoetrage). Dies führt dazu, dass neben der gesetzlichen Aufstockung eine zusätzliche tarifliche Aufstockung gewährt wird.

Für den „Neuvertrag“ des Jahres 2012 ist lediglich die gesetzliche Aufstockung von 20% zur berücksichtigen.

Berechnungsschema Basisdaten

Auszufüllen sind die farbig unterlegten Felder.

Entgelt Vollzeit brutto			
Entgelt ATZ brutto			
Nettoentgelt individuell			ermittelt aus Entgelt brutto ATZ
Aufstockung 20% von ATZ brutto	20,00%		gesetzliche Aufstockung
<i>Zwischensumme</i>			
Mindestnettoetrage nach 83%-Tabelle			abgelesen anhand Entgelt Vollzeit brutto
Zusatzaufstockung auf 83% des pauschalierten bisherigen Nettoentgelts			tarifliche Aufstockung
<i>ATZ-Entgelt gesamt</i>			

Berechnungsschema Rückstellungsbetrag für Aufstockungsleistungen
 Auszufüllen sind die farbig unterlegten Felder.

		Betrag	Anzahl Monate	Rückstellung
Aufstockung	gesetzlich	20,00%		
	tariflich			
	gesamt			
Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung				
Betrag gemäß § 5 Abs. 4 TV ATZ oder § 7 Abs. 4 TV FlexAZ				
davon		19,90%		
Zwischensumme				
Abfindung für Rentenminderung gemäß § 5 Abs. 7 TV ATZ oder § 7 Abs. 7 TV				
Summe				
Berücksichtigung künftiger Tarifierhöhungen (pauschaler Prozentsatz)				
Gesamt				
Gesamt gerundet			≈	

Für Tarifierhöhungen, die innerhalb der Laufzeit des Altersteilzeitvertrages wirksam werden, wird ein pauschaler Prozentsatz auf die Summe der ermittelten Rückstellungen aufgeschlagen. Das Ergebnis wird auf den nächsthöheren Zehner-Betrag gerundet.

Mit Eintritt in die Aktivphase der Altersteilzeit beginnt die kontinuierliche jährliche Bildung von Rückstellungen für die erbrachte Arbeitsleistung. Diese bestehen aus dem Bruttoentgelt einschließlich Jahressonderzahlung sowie den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung.

Berechnungsschema Rückstellungsbetrag für Arbeitsleistung in der Aktivphase
Auszufüllen sind die farbig unterlegten Felder.

Lohnart	Zuführung zur Rückstellung						SUMME
	360 ATZ brutto	745 Kranken- versicherung	760 Renten- versicherung	775 Arbeitslosen- versicherung	785 Pflege- versicherung	781 U2-Umlage	
Summe							
Jan							
Feb							
Mrz							
Apr							
Mai							
Jun							
Jul							
Aug							
Sep							
Okt							
Nov							
Dez							

Die in Aktiv- und Freizeitphase zu zahlenden Aufstockungsbeträge wurden bereits bei Vertragsabschluss zurückgestellt. Für diese beginnt mit Eintritt in die Aktivphase die Inanspruchnahme aus der Rückstellung. Mit Eintritt in die Freizeitphase werden auch Arbeitsentgelt und Sozialversicherungsbeiträge aus der Rückstellung bedient. Die Inanspruchnahme mindert den laufenden Aufwand auf den Konten 40120000 (Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte) und 40320000 (Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte).

Berechnungsschema Inanspruchnahme der Rückstellung / Aktivphase
Auszufüllen sind die farbig unterlegten Felder.

Lohnart	Inanspruchnahme der Rückstellung (Aktivphase)			SUMME
	357 Aufstockung gesetzlich	359 Aufstockung tariflich	766 RV-Anteil	
Summe				
Jan				
Feb				
Mrz				
Apr				
Mai				
Jun				
Jul				
Aug				
Sep				
Okt				
Nov				
Dez				

Berechnungsschema Inanspruchnahme der Rückstellung / Freizeitphase

Auszufüllen sind die farbig unterlegten Felder.

Lohnart	Inanspruchnahme der Rückstellung (Freizeitphase)										SUMME
	637 Abfindung	360 ATZ brutto	745 Kranken- versicherung	760 Renten- versicherung	775 Arbeitslosen- versicherung	785 Pflege- versicherung	781 U2-Umlage	357 Aufstockung gesetzlich	359 Aufstockung tariflich	766 RV-Anteil	
Summe											
Jan											
Feb											
März											
Apr											
Mai											
Jun											
Jul											
Aug											
Sep											
Okt											
Nov											
Dez											

Gemäß § 253 Abs. 1 und 2 HGB sind bei der Bilanzierung von Rückstellungen zukünftige Tarifsteigerungen zu berücksichtigen (Ermittlung des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages). Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr ist die Rückstellung andererseits auf ihren Wert am Bilanzstichtag abzuzinsen. Bei der dargestellten Berechnungsmethode wurden Tarifsteigerungen nur bei der Ermittlung der Aufstockungssumme berücksichtigt. Darüber hinaus stehen auch Kostensteigerungen für die Entlohnung während der Freistellungsphase an. Andererseits ergeben sich durch den späteren Zahlungszeitpunkt entlastende Zinseffekte. Beide gegenläufigen Einflüsse auf die Bewertung heben sich nach Ansicht des Zweckverbandes auf. Die Rückstellung beinhaltet daher Nominalwerte.

4. 2. Rückstellungen für Urlaub und Überstunden

a) Grundlagen

Gemäß § 26 TVöD-V i. V. m. dem BUrlG ist der Tarifierurlaub grundsätzlich in dem Kalenderjahr zu nehmen, für das er gewährt wird. Sind zum Bilanzstichtag noch Urlaubstage vorhanden, dürfen diese in begründeten Fällen ins Folgejahr übertragen und müssen innerhalb der ersten drei Kalendermonate angetreten werden. Erwerb des Urlaubsanspruches und seine Inanspruchnahme liegen dadurch in unterschiedlichen Wirtschaftsjahren, sodass für die rückständigen Urlaubsverpflichtungen der sogenannte Erfüllungsrückstand zurückgestellt werden muss.

Geleistete Überstunden sind gemäß § 8 TVöD-V grundsätzlich in Freizeit auszugleichen. Erfolgt der Freizeitausgleich erst nach dem Bilanzstichtag für die davor entstandenen Überstunden, müssen ebenfalls Rückstellungen gebildet werden.

b) Berechnungsmethode

Die Höhe der Rückstellung bestimmt sich nach dem Entgelt, das der Arbeitgeber hätte aufwenden müssen, wenn er seine Zahlungsverpflichtung bereits am Bilanzstichtag erfüllt hätte (Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs).

Die Berechnung kann nach zwei Methoden erfolgen:

- Individualmethode (individuelle Berechnung für jeden einzelnen Mitarbeiter)
- Durchschnittsmethode (Durchschnittsberechnung für alle Mitarbeiter/-gruppen).

Aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl wendet der Zweckverband die Individualmethode an, die regelmäßig zu genaueren Ergebnissen führt.

Berechnung Urlaubsrückstellung:
$$\text{Tagessatz} = \frac{\text{Urlaubsentgelt}}{\text{Arbeitstage}}$$

$$\text{Rückstellung} = \text{Tagessatz} \times \text{Urlaubstage}$$

Das Urlaubsentgelt wird individuell für jeden Mitarbeiter aus dem Bruttoarbeitsentgelt des Kalenderjahres einschließlich Jahressonderzahlung, den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und der erwarteten Tarifsteigerung ermittelt. Die maßgeblichen Arbeitstage des Mitarbeiters entsprechen den regelmäßigen Arbeitstagen des Jahres vor Abzug von Urlaubs- und Krankheitstagen. Der so berechnete Entgelt-Tagessatz wird mit den rückständigen Urlaubstagen multipliziert und ergibt den Rückstellungsbetrag für den jeweiligen Mitarbeiter.

Die Berechnung der Überstundenrückstellung erfolgt analog zur Urlaubsrückstellung. Die Überstunden werden allerdings mit einem Stundensatz multipliziert, der sich aus Entgelt-Tagessatz und regelmäßiger täglicher Arbeitszeit ergibt.

Resturlaub und Überstunden werden regelmäßig im folgenden Wirtschaftsjahr in Anspruch genommen bzw. in Freizeit ausgeglichen. Die Rückstellung hat somit eine Laufzeit von weniger als einem Jahr und muss nicht abgezinst werden.

Stützengrün, den 28. Februar 2017



Wolfgang Leonhardt
Verbandsvorsitzender



Jana Schulz
Kaufmännische Leitung

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Wirtschafts- jahres	Ist-Ergebnis des Wirtschafts- jahres	Vergleich Ist ./.. Ansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
		2013	2014	2014	
		1	2	3	4
1	Periodenergebnis	95.565,05	31.500,00	63.394,28	31.894,28
2	Abschreibung (+) und Zuschreibung (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	35.627,88	34.185,00	33.951,10	-233,90
	47110010 - Abschreibungen auf immat. VG und Sachanlagen / Fahrzeuge und Transportmittel	6.663,44	6.220,00	5.595,00	
	47110011 - Abschreibungen auf immat. VG und Sachanlagen / Bebaute Grundstücke	15.940,00	15.771,00	15.940,00	
	47110012 - Abschreibungen auf immat. VG und Sachanlagen / BGA + Sammelposten BGA	4.526,19	3.735,00	3.915,70	
	47110013 - Abschreibungen auf immat. VG und Sachanlagen / Maschinen und technische Anlagen	159,00	0,00	41,40	
	47110014 - Abschreibungen auf immat. VG und Sachanlagen / Betriebsvorrichtungen + Sammel- posten	8.339,25	8.459,00	8.459,00	0,00
3	Auflösung (-) von Sonderposten zum Anlagevermögen	-105,00	0,00	-105,00	-105,00
	31510000 - Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen	-105,00	0,00	-105,00	-105,00
4	Gewinn (-) und Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-11.306,94	0,00	1,00	1,00
	50620000 - Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	-15.600,00	0,00	0,00	0,00
	51390000 - Sonst. außerpl. Abschreibungen aufgrund dauerhafter Wertminderung oder Vermögensabgang	1,00	0,00	0,00	
	51620000 - Aufwendungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	4.292,06	0,00	1,00	1,00
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Zunahme (-) und Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	140.450,16	0,00	-114.053,98	-114.053,98
	08300000 - Vorräte an Betriebsstoffen	434,03	0,00	1.284,10	1.284,10
	16112010 - Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Sonstige	-800,00	0,00	200,00	200,00
	16112020 - Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen / Verbandsgemeinden	100.560,83	0,00	-118.374,15	-118.374,15
	15400000 - Forderungen aus Transferleistungen	44.906,18	0,00	-1.851,77	-1.851,77
	18000000 - Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-4.650,88	0,00	4.687,84	4.687,84
7	Zunahme (+) und Abnahme (-) der Rückstellungen (RS)	-31.481,94	-25.668,00	-30.871,06	-5.203,06
	28210000 - Entgelt-RS / Urlaub und Überstunden	-12362,50	0,00	3.175,09	3.175,09
	28220000 - Entgelt-RS / Altersteilzeit, LZ > 1 Jahr	-25231,23	-25.668,00	-34.596,06	-8.928,06
	28932000 - Sonstige RS / Erstellung und Prüfung Jahresabschluss	6111,79	0,00	549,91	549,91

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Wirtschafts- jahres	Ist-Ergebnis des Wirtschafts- jahres	Vergleich Ist ./.. Ansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
		2013	2014	2014	
		1	2	3	4
8	Zunahme (+) und Abnahme (-) der Verbindlichkeiten (Vblk) aus Lieferung und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-54.848,96	0,00	-7.010,94	-7.010,94
	25110000 - Vblk aus Lieferungen und Leistungen	-13.992,69	0,00	-6.621,28	-6.621,28
	26119000 - Vblk aus Transferleistungen	-40.753,78	0,00	-366,95	-366,95
	27910000 - Sonstige Verbindlichkeiten	-102,49	0,00	-22,71	-22,71
9	Einzahlungen (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	-115,73	0,00	0,00	0,00
	50120000 - Empfangener Schadenersatz u. ä.	2.691,51	0,00	222,51	222,51
	50190000 - Sonstige außergewöhnliche Erträge	0,01	0,00	0,00	0,00
	51130000 - Schadensfälle, Schadenersatz u. ä.	-2.691,51	0,00	-222,51	-222,51
	51290000 - Sonst. periodenfremde Aufwendungen	-115,74	0,00	0,00	0,00
10	Aufwendungen (+) und Erträge (-) aus außerordentlichen Posten	115,73	0,00	0,00	0,00
	51290000 / 50190000	115,73	0,00	0,00	0,00
11	Zinsaufwendungen (+) und Zinserträge (-)	7.465,47	0,00	6.320,84	6.320,84
	36170000 - Zinserträge von Kreditinstituten	-283,53	0,00	-445,52	
	45170000 - Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	7.749,00	0,00	6.766,36	6.766,36
12	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	181.365,72	40.017,00	-48.373,76	-88.390,76

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Wirtschaftsjahres	Ist-Ergebnis des Wirtschaftsjahres	Vergleich Ist ./.. Ansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
		2013	2014	2014	
		1	2	3	4
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	15.600,00	0,00	0,00	0,00
	68310000 - Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	15.600,00	0,00	0,00	0,00
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-19.011,01	-34.000,00	-16.201,50	17.798,50
	09801000 - Hochbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
	09802000 - Tiefbaumaßnahmen	-5.202,07	-25.000,00	-7.633,40	17.366,60
	09803000 - sonstige Baumaßnahmen	-2.166,25	0,00	0,00	0,00
	09804000 - bewegliches Anlagevermögen	-11.642,69	-9.000,00	-8.568,10	431,90
15	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
16	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00	0,00
18	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00	0,00
19	(+) Einzahlungen auf Sonderposten für Investitionen aus Fördermitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
20	(-) Auszahlungen aus Rückzahlungen von Sonderposten für Investitionen aus Fördermitteln	0,00	0,00	0,00	0,00
21	(+) Einzahlungen aus passivierten Beiträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
22	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Beiträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	(+) Erhaltene Zinsen	283,53	0,00	445,52	445,52
	36170000 - Zinserträge von Kreditinstituten	283,53	0,00	445,52	
24	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-3.127,48	-34.000,00	-15.755,98	18.244,02

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis des Vorjahres	Planansatz des Wirtschafts- jahres	Ist-Ergebnis des Wirtschafts- jahres	Vergleich Ist ./.. Ansatz
		EUR	EUR	EUR	EUR
		2013	2014	2014	
		1	2	3	4
25	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführung	30.000,00	0,00	30.000,00	30.000,00
26	(-) Auszahlungen an die Gemeinden	0,00	0,00	0,00	0,00
27	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	200.461,71	0,00	557,51	557,51
	69273150 - Kreditaufnahmen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
	69320000 - Einzahlungen (Aufnahme) Liquiditätskredit von Gemeinden	200.461,71	0,00	557,51	557,51
28	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-230.311,71	-30.000,00	-30.557,51	-557,51
	7927000 - Auszahlungen für Tilgung von Krediten für Investitionen	-30.000,00	-30.000,00	-30.000,00	-30.000,00
	79320000 - Auszahlungen (Tilgung) Liquiditätskredit Gemeinden	-200.311,71	0,00	-557,51	0,00
29	(-) Gezahlte Zinsen	-7.749,00	0,00	-6.766,36	-6.766,36
	45170000 - Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	-7.749,00	0,00	-6.766,36	-6.766,36
30	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-7.599,00	-30.000,00	-6.766,36	23.233,64
31	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus den Nummern 10, 21, 26)	170.639,24	-23.983,00	-70.896,10	-46.913,10
32	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestandes	0,00	0,00	0,00	0,00
33	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	38.081,94	37.885,00	208.721,16	170.836,16
	17110000 - Sichteinlagen bei Banken	37.926,15	37.885,00	208.651,28	137.825,06
	17110200 - GT Girokonto KSK ASZ	0,00	0,00	0,00	
	17310000 - Bargeld	155,79	0,00	69,88	0,00
34	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	208.721,18	13.902,00	137.825,06	123.923,06

Kontoauszug vom 30.12. **208.651,28**
Kassenbestand am 31.12. **69,88**
208.721,16

137.724,41
100,65
137.825,06

Anlagennachweis gem. § 29 Absatz 2 SächsEigBVO
Haushaltsjahr 2014
(in EUR)

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten							Entwicklung der Abschreibungen							Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	EB-Korrektur AHK (Saldo)	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im HHJ	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	EB-Korrektur AfA (Saldo)	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Aufseiner (kumulierte Aufw. für Abgänge)	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im HHJ	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres
1.	1		2	3	4	5	6		7	8	9		10	11	12	
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.	1.019.306,37		16.201,50	2.057,10	0,00	1.033.463,77	275.263,14		33.951,10	2.056,10	0,00	0,00	307.158,14	744.046,23	726.295,63	
2.1	602.944,62		0,00	0,00	0,00	602.944,62	53.949,38		15.940,00	0,00	0,00	0,00	69.889,38	548.995,24	533.055,24	
2.1.1	562.700,38		0,00	0,00	0,00	562.700,38	53.949,38		15.940,00	0,00	0,00	0,00	69.889,38	508.751,00	492.811,00	
SK: 02700000 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betri	562.700,38		0,00	0,00	0,00	562.700,38	53.949,38		15.940,00	0,00	0,00	0,00	69.889,38	508.751,00	492.811,00	
2.1.2	40.244,24		0,00	0,00	0,00	40.244,24	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.244,24	40.244,24	
SK: 02900000 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit sonst	40.244,24		0,00	0,00	0,00	40.244,24	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.244,24	40.244,24	
2.2	311.392,18		401,40	0,00	0,00	311.793,58	149.344,18		14.095,40	0,00	0,00	0,00	163.439,58	162.048,00	148.354,00	
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge0607																
SK: 06100000 Fahrzeuge	122.339,83		0,00	0,00	0,00	122.339,83	89.535,83		5.595,00	0,00	0,00	0,00	95.130,83	32.804,00	27.209,00	
SK: 06200000 Maschinen und technische Anlagen	15.326,88		401,40	0,00	0,00	15.728,28	15.319,88		41,40	0,00	0,00	0,00	15.361,28	7,00	367,00	
SK: 06300000 Betriebsvorrichtungen	165.035,69		0,00	0,00	0,00	165.036,69	35.799,69		8.459,00	0,00	0,00	0,00	44.258,69	129.237,00	120.778,00	
SK: 06500000 Sammelposten für bewegl. AV (Maschinen, techn. Anlagen, Fah	8.688,78		0,00	0,00	0,00	8.688,78	8.688,78		0,00	0,00	0,00	0,00	8.688,78	0,00	0,00	
2.3	92.174,58		8.166,70	2.057,10	0,00	98.294,16	71.969,58		3.915,70	2.056,10	0,00	0,00	73.829,18	20.205,00	24.455,00	
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere0708																
SK: 07400000 Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	83.511,96		8.166,70	1.500,00	0,00	90.178,66	63.643,96		3.748,70	1.499,00	0,00	0,00	65.893,66	19.868,00	24.285,00	
SK: 07600000 Sammelposten für bewegliche Gegenstände (BGA) des Anlagever	8.662,62		0,00	557,10	0,00	8.105,52	8.325,62		167,00	557,10	0,00	0,00	7.936,52	337,00	170,00	

Anlagennachweis gem. § 29 Absatz 2 SächsEigBVO
Haushaltsjahr 2014
(in EUR)

Anlagevermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten							Entwicklung der Abschreibungen							Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	EB-Korrektur AHK (Saldo)	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im HHJ	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	EB-Korrektur AfA (Saldo)	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Aufhebungen (kumulierte Auf. für Abgänge)	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im HHJ	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	
2.4	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau091		2	3	4	5	6		7	8	9		10	11	12	
			7.633,40	0,00	0,00	20.431,39	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.797,99	20.431,39	
	SK: 09600000 Anlagen im Bau		7.633,40	0,00	0,00	20.431,39	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12.797,99	20.431,39	
3.	Finanzanlagevermögen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Gesamtsumme			16.201,50	2.057,10	0,00	1.033.453,77	275.263,14		33.951,10	2.056,10	0,00	0,00	307.158,14	744.046,23	726.295,63	

Druckparameter: Mandant: 0099 Zweckverband Kommunale Dienste HH-Jahr: 2014 Listennummer: 107 Anlagennachweis (2014-2017) AfA-Sicht: bilanzrechtlich außer: 08
Optionen: Kontenauflösung Gesamtsummenzeile
(zuzüglich der Einschränkungen aus der Nutzerverwaltung für 'schulz')

Rückstellungsspiegel

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Übersicht der Rückstellung	Stand zu Beginn des Wirtschaftsjahres	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand zum Ende des Wirtschaftsjahres
	01.01.2014		2014		31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
C. Summe aller Rückstellungen	126.592,49	46.923,53	0,00	16.052,47	95.721,43
1. Sonstige Rückstellungen	126.592,49	46.923,53	0,00	16.052,47	95.721,43
28210000 Entgeltrückstellungen / Urlaub und Überstunden	7.084,91	7.084,91	0,00	10.260,00	10.260,00
28220000 Entgeltrückstellungen / Altersteilzeit, Laufzeit > 1 Jahr	87.967,08	34.596,06	0,00	0,00	53.371,02
28932000 Sonstige Rückstellungen / Erstellung und Prüfung Jahresabschluss	31.540,50	5.242,56	0,00	5.792,47	32.090,41

Erläuterung der sonstigen Rückstellungen	Stand zu Beginn des Wirtschaftsjahres	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand zum Ende des Wirtschaftsjahres	
	01.01.2014	2014				31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
28932000 Sonstige Rückstellungen / Erstellung und Prüfung Jahresabschluss	31.540,50	5.242,56	0,00	5.792,47	32.090,41	
1. Jahresabschlussprüfung und örtliche Prüfung	19.705,70	3.002,56	0,00	4.112,47	20.815,61	
Jahresabschluss 2014	0,00	0,00	0,00	4.112,47	4.112,47	
Jahresabschluss 2013	4.105,99	0,00	0,00	0,00	4.105,99	
Jahresabschluss 2012	4.212,02	0,00	0,00	0,00	4.212,02	
Jahresabschluss 2011	4.199,05	0,00	0,00	0,00	4.199,05	
Jahresabschluss 2010	4.186,08	0,00	0,00	0,00	4.186,08	
Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	3.002,56	3.002,56	0,00	0,00	0,00	
2. Aufstellung des Jahresabschlusses (intern)	11.834,80	2.240,00	0,00	1.680,00	11.274,80	
Jahresabschluss 2014	0,00	0,00	0,00	1.680,00	1.680,00	
Jahresabschluss 2013	2.005,80	0,00	0,00	0,00	2.005,80	
Jahresabschluss 2012	2.341,00	0,00	0,00	0,00	2.341,00	
Jahresabschluss 2011	2.688,00	0,00	0,00	0,00	2.688,00	
Jahresabschluss 2010	2.560,00	0,00	0,00	0,00	2.560,00	
Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	2.240,00	2.240,00	0,00	0,00	0,00	

Verbindlichkeitenübersicht

Jahresabschluss zum 31.12.2014

Art der Verbindlichkeiten	Stand zu Beginn des Wirtschaftsjahres 01.01.2014 EUR	Verbindlichkeiten zum Ende des Wirtschaftsjahres mit einer Restlaufzeit von			Stand zum Ende des Wirtschaftsjahres 31.12.2014 EUR
		bis zu einem Jahr 2015 EUR	von mehr als einem bis zu fünf Jahren 2016-2019 EUR	von mehr als fünf Jahren 2020 ff. EUR	
D. Summe aller Verbindlichkeiten	263.152,08	68.641,14	120.000,00	37.500,00	226.141,14
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	217.500,00	30.000,00	120.000,00	37.500,00	187.500,00
23170040 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen / Kreditinstitute	217.500,00	30.000,00	120.000,00	37.500,00	187.500,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.001,06	12.379,78	0,00	0,00	12.379,78
25110000 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.001,06	12.379,78	0,00	0,00	12.379,78
3. sonstige Verbindlichkeiten	26.651,02	26.261,36	0,00	0,00	26.261,36
26119000 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	26.595,81	26.228,86	0,00	0,00	26.228,86
27910000 Sonstige Verbindlichkeiten	55,21	32,50	0,00	0,00	32,50

Lagebericht

Jahresabschluss zum 31.12.2014

I. Rechtsgrundlagen

Gemäß § 30 SächsEigBVO gilt für den Lagebericht „§ 289 des Handelsgesetzbuchs entsprechend mit der Maßgabe, dass auf die dort in Absatz 2 genannten Sachverhalte einzugehen ist. Im Lagebericht ist auch auf die Finanzbeziehungen zur Gemeinde, insbesondere unter Berücksichtigung der in § 20 Abs. 2 Nr. 1 genannten Vorgänge, einzugehen.“ § 20 Abs. 2 Nr. 1 SächsEigBVO konkretisiert den Begriff „Finanzbeziehungen zur Gemeinde“. Anzugeben sind demzufolge Gewinnabführungen, Eigenkapitalzuführungen und -entnahmen, Kredite und Kreditrückzahlungen sowie Zuweisungen im Sinne von § 27 SächsEigBVO.

Darüber hinaus bestimmt § 31 Abs. 1 SächsEigBVO, dass im Lagebericht auch darzustellen ist, „wie das Unternehmen die von ihm wahrzunehmende gemeindliche Aufgabe erfüllt hat.“ Dies wird in den Anwendungshinweisen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zum Sächsischen Eigenbetriebsgesetz vom 17. April 2012 näher erläutert. Die vom Zweckverband zu erfüllenden gemeindlichen Aufgaben müssen durch die Verbandssatzung und ggf. ergänzende Gemeinderatsbeschlüsse eindeutig bestimmt sein. Sofern daneben sogenannte Annextätigkeiten ausgeführt werden, ist im Lagebericht auch auf diese und ihren Umfang einzugehen.

Die für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 geltende Vorschrift des § 289 Abs. 2 HGB in der Fassung der Änderung vom 15. Juli 2014 formuliert für den Lagebericht folgende Inhalte:

„Der Lagebericht soll auch eingehen auf:

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten sind;
2. a) die Risikomanagementziele und -methoden der Gesellschaft einschließlich ihrer Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen, die im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfasst werden, sowie
b) die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungsstromschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist, jeweils in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten durch die Gesellschaft und sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist;
3. den Bereich Forschung und Entwicklung;
4. bestehende Zweigniederlassungen der Gesellschaft;
5. die Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 285 Nr. 9 genannten Gesamtbezüge, soweit es sich um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt. Werden dabei auch Angaben entsprechend § 285 Nr. 9 Buchstabe a Satz 5 bis 8 gemacht, können diese im Anhang unterbleiben.

Die drei letztgenannten Punkte sind für den Zweckverband nicht relevant.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Mit Änderung des UStG am 2. November 2015 wurde das bundesdeutsche Recht an die Vorgaben des Art. 13 MwStSystRL der Europäischen Union angepasst. Mit § 2b UStG ist die sehr komplexe Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand neu geregelt worden.

Nach der bisherigen Regelung des § 2 Abs. 3 UStG unterlagen juristische Personen des öffentlichen Rechts der Umsatzsteuerpflicht nur im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art. Nach dem 31. Dezember 2016 besteht Umsatzsteuerpflicht nun grundsätzlich für alle inländischen Lieferungen und Leistungen gegen Entgelt aus einer nachhaltigen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen. Allerdings soll die Zusammenarbeit von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nicht marktorientiert, sondern allein im öffentlichen Interesse bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben bzw. Leistungen der Daseinsvorsorge erfolgt, nicht mit Umsatzsteuer belastet werden. Die Bedingungen dafür formuliert der neue § 2b UStG.

Gemäß § 27 Abs. 22 UStG besteht die Möglichkeit einer Übergangsregelung für nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführte Leistungen. Die sogenannte Optionserklärung ist bis spätestens 31. Dezember 2016 gegenüber dem zuständigen Finanzamt abzugeben.

Für alle Leistungen bzw. Einnahmen des Zweckverbandes ist eine Bestandsaufnahme zur umsatzsteuerlichen Relevanz notwendig. Es ist festzustellen, ob das neue Recht gegenüber dem bisherigen Recht eher Vor- oder Nachteile hat. Bei der Entscheidung müssen mögliche umsatzsteuerliche Nachteile der Neuregelung (z. B. Umsatzbesteuerung von Bagateltätigkeiten oder von interkommunalen Kooperationen) und umsatzsteuerliche Vorteile (z. B. Erhalt eines Vorsteuerabzugs aus Investitionskosten) gegeneinander abgewogen werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 geht der Zweckverband davon aus, dass er die durch die Verbandssatzung übertragenen Aufgaben im Rahmen öffentlicher Gewalt i. S. d. § 2b Abs. 1 UStG ausübt und die Bedingungen des § 2b Abs. 3 Nr. 2 UStG zur interkommunalen Zusammenarbeit erfüllt sind. Bezüglich der Leistungserbringung aus übertragenen Aufgaben würde der Zweckverband damit nicht als Unternehmer gelten, sodass keine Umsatzsteuerpflicht bestehen dürfte. Allerdings könnten darüber hinausgehende Leistungen der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Eine abschließende Beurteilung steht noch aus.

Mit Beschluss ZKD014/2016 vom 8. Dezember 2016 entschied die Versammlung, dass der Zweckverband die Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 UStG in Anspruch nimmt. Der Vorstandsvorsitzende hat die Optionserklärung mit Schreiben vom 8. Dezember 2016 gegenüber dem Finanzamt Schwarzenberg abgegeben. Das neue Umsatzsteuerrecht muss somit spätestens ab 1. Januar 2021 zwingend angewendet werden. Für die Leistungsempfänger des Zweckverbandes, in erster Linie die Verbandsgemeinden, besteht zu diesem Zeitpunkt das Risiko finanzieller Mehrbelastungen durch Umsatzsteuererhebung.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

III. Chancen

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen für die Verbandsgemeinden Zschorlau und Stützengrün. Im Ausnahmefall sind Leistungen für Dritte denkbar, beispielsweise im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit für andere Gemeinden oder den Landkreis. Für private Dritte werden grundsätzlich keine Arbeiten durchgeführt. Forderungsausfall- und Liquiditätsrisiken werden als sehr gering eingeschätzt, siehe dazu IV. Risiken. Der Zweckverband verfügt somit über eine hohe Bonität und ist durch die Verbandsgemeinden abgesichert.

Die gemeindlichen Bauhöfe gelten im regionalen Vergleich als attraktive Arbeitgeber, sodass die Nachfrage nach einem solchen Arbeitsplatz höher ist als die angebotenen Stellen. Bei Stellenausschreibungen sind bisher stets ausreichend Bewerbungen eingegangen, aus denen qualifizierte Nachwuchskräfte gewonnen werden konnten. Durch das breite Aufgabenspektrum stehen dem Zweckverband mehrere Berufsfelder für die Nachbesetzung offener Stellen zur Verfügung, z. B. Straßenbauer, Garten- und Landschaftspfleger, Tischler u. a. Handwerksberufe.

Mit der Gründung des Zweckverbandes haben die Verbandsgemeinden den Fortbestand ihrer eigenen Bauhöfe gesichert. Durch die interkommunale Zusammenarbeit können die Mitarbeiter flexibel eingesetzt, Fahrzeuge und Maschinen besser ausgelastet, Arbeitsabläufe optimiert und Investitionen gemeinsam finanziert werden. Insbesondere kleinere Gemeinden im ländlichen Bereich werden zukünftig nur durch Zusammenarbeit und daraus erzielten Synergieeffekten ihre Eigenständigkeit und finanzielle Stabilität bewahren können. Die Rechtsform des Zweckverbandes eröffnet eine verhältnismäßig einfache Möglichkeit, weitere Bauhöfe aufzunehmen und die regionale interkommunale Zusammenarbeit auszudehnen.

IV. Risiken

1. Forderungsausfall, Liquidität, Preisänderungen

Forderungsausfälle werden als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt, da es sich bei den Leistungsempfängern fast ausschließlich um die Verbandsgemeinden handelt. Seit 2013 werden die erbrachten Leistungen monatlich abgerechnet, sodass regelmäßig Einzahlungen aus den Verbandsgemeinden erfolgen. Aus den früheren Jahresergebnissen ist eine ausreichende finanzielle Reserve vorhanden. Relevante Liquiditätsrisiken bestanden somit ebenfalls nicht.

Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2014 verteilen sich in folgendem Verhältnis:

- 61% Personal (Gehälter, Sozialabgaben, Zusatzversorgung, Rückstellungen)
- 21% Fahrzeuge und Technik (Leasingraten, Kraftstoff, Ersatzteile, Reparaturen)
- 10% Material (für direkte Leistungserbringung in den Gemeinden)
- 8% Gemeinkosten und Abschreibungen (Gebäude, Verwaltung u. a.)

Entsprechend der volkswirtschaftlichen Preisentwicklung sind auch im Zweckverband in allen Bereichen Preissteigerungen zu erwarten:

- Bei konstanter Mitarbeiterzahl ist ein kontinuierlicher Anstieg des Personalaufwands aufgrund der Tarifsteigerungen des TVöD anzunehmen. Die Tarifverträge werden in der Regel über eine Laufzeit von 24 Monaten geschlossen und führten in den letzten Jahren stets zu steigenden Entgelten.

- Die Leasingraten werden für die jeweilige Vertragslaufzeit fest vereinbart, sodass innerhalb eines Vertrages keine Preissteigerungen auftreten. Allerdings steigen erfahrungsgemäß die Anschaffungskosten der Neufahrzeuge (Modellreihen, Abgasnormen, technischer Fortschritt), sodass für zukünftige Verträge mit höheren Leasingraten gerechnet werden muss. Zinsentwicklung und Gebrauchtwagenpreise (Restwert des Fahrzeugs nach Vertragsende) beeinflussen die Leasingraten ebenfalls, können steigenden Leasingraten aber auch entgegenwirken.
- Der Zweckverband hat im Jahr 2014 etwa 21.000 Liter Dieselkraftstoff verbraucht. Der Dieselbedarf ist vor allem vom Fahrzeugeinsatz im Winterdienst abhängig und unterliegt daher größeren Schwankungen (2010/2011/2012/2013: 32.000/21.000/27.000/27.000 Liter). Für die begrenzten fossilen Energieträger sind grundsätzlich Preissteigerungen zu erwarten, nachweisbar über viele Jahre bis 2012. Seit dem Jahr 2013 ist der Durchschnittspreis erstmalig wieder gesunken, was sich bis Anfang 2016 fortsetzte. Seitdem ist eine moderate Preissteigerung zu verzeichnen, die allerdings noch weit von den bisher höchsten Preisen im Sommer 2012 entfernt ist. Die weitere Entwicklung ist jedoch kaum abschätzbar.
- Die allgemeine Preisentwicklung bei Rohstoffen, Löhnen und Gehältern, Sozialabgaben usw. betrifft alle Unternehmen und Branchen. Der Zweckverband wird dadurch auch bei der Beauftragung von Reparatur- und Dienstleistungen sowie dem Materialeinkauf mit steigenden Kosten konfrontiert werden.

2. Personalentwicklung

Der Mitarbeiterbestand des Zweckverbandes ist sehr stabil. Fluktuation durch Kündigung findet praktisch nicht statt. Am 31. Dezember 2014 betragen die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit einschließlich der vorangegangenen Arbeitszeiten in den Verbandsgemeinden rund 21 Jahre und der Altersdurchschnitt rund 53 Jahre. Im Zeitraum von 2011 bis 2019 scheiden beinahe jährlich Mitarbeiter aufgrund der Freizeitphase Altersteilzeit oder Renteneintritt aus und werden nachbesetzt, sodass der Altersdurchschnitt langsam, aber kontinuierlich sinken sollte. Dennoch liegt er weiterhin relativ hoch, sodass in den nächsten Jahren vermehrt krankheitsbedingte Ausfälle eintreten könnten. Dem Arbeits- und Gesundheitsschutz muss daher eine besondere Bedeutung beigemessen werden, um die Arbeitskraft der Mitarbeiter langfristig zu sichern. Eine regelmäßige arbeitsmedizinische Betreuung und sicherheitstechnische Beratung sind durch Verträge mit externen Unternehmen gewährleistet.

Im Jahr 2014 bestand noch mit einem technischen Mitarbeiter und einer kaufmännischen Mitarbeiterin ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis. Zum Beginn der Freizeitphase des technischen Mitarbeiters am 1. Oktober 2013 wurde eine Ersatzeinstellung vorgenommen. Die Freizeitphase der kaufmännischen Mitarbeiterin (0,5 Vollzeitäquivalente) begann am 1. August 2013. Die Ersatzeinstellung (1,0 Vollzeitäquivalente) erfolgte bereits am 1. Juni 2012. Das kaufmännische Aufgabengebiet wurde seitdem deutlich erweitert, um Planungs- und Abrechnungsabläufe zu optimieren, wirtschaftliche Entscheidungen direkt vor Ort und damit unter Zeitgewinn zu treffen sowie die Gemeindeverwaltungen zu entlasten.

Zwei weitere technische Mitarbeiter nahmen nach Vollendung des 63. Lebensjahres ab 1. September 2015 und 1. Januar 2017 die neue abschlagsfreie Altersrente in Anspruch. Ersatzeinstellungen erfolgten ab 1. Oktober 2015 und 17. Oktober 2016. Bis Anfang 2019 werden drei weitere Mitarbeiter Anspruch auf die Altersrente ab 63 Jahren haben. Nachbesetzungen sind geplant, um die Aufgabenerfüllung dauerhaft abzusichern. Fachliche und soziale Kompetenz sowie Flexibilität und Teamfähigkeit der Mitarbeiter werden entscheidend für die zukünftige Leistungsqualität des Zweckverbandes sein. Der Personalplanung und -beschaffung kommt in den nächsten Jahren deshalb eine hohe Bedeutung zu.

Um unvermeidlichen Tarifsteigerungen entgegenzuwirken bzw. die Personalaufwendungen stabil zu halten, wurde die Anzahl von Saisonkräften von Jahr zu Jahr reduziert und ab 2014 vollständig darauf verzichtet. Die Arbeitszeit eines bisher in Teilzeit beschäftigten Mitarbeiters (Nachbesetzung für Altersteilzeit ab 1. Oktober 2013) wurde ab 1. Oktober 2014 auf Vollzeit angehoben. Die Saisonkräfte gleichen im Sommer vor allem Urlaub der festangestellten Mitarbeiter aus, die während der Wintersaison von November bis März nur sehr eingeschränkte Urlaubsmöglichkeiten haben. Bei Verzicht auf Saisonkräfte kann eine gleichwertige Aufgabenerfüllung nur mit besserer technischer Ausstattung realisiert werden, z. B. durch Anschaffung eines Rasentraktors im Jahr 2015.

3. Gebäude und technische Ausstattung

Zur Aufgabenerfüllung setzt der Zweckverband zahlreiche Fahrzeuge, Maschinen und Geräte ein. Alter und technischer Zustand der einzelnen Vermögensgegenstände sind sehr unterschiedlich. Viele Anlagegüter sind bereits abgeschrieben, werden aber weitergenutzt, solange dies noch wirtschaftlich ist, d. h. der Reparaturaufwand im Vergleich zum Neuerwerb vertretbar erscheint. Die Verbandsgemeinden haben in der Vergangenheit bereits mit der Erneuerung ihres Fahrzeugbestandes begonnen. Dies wird im Zweckverband fortgesetzt. Das Durchschnittsalter der technischen Ausstattung muss mittelfristig gesenkt werden, damit bei Instandhaltungs- und Reparaturaufwendungen keine unverhältnismäßigen Risiken entstehen. Durch Umsetzung des vorhandenen Leasingplanes wird der Fuhrpark über die laufenden Aufwendungen ein gutes Niveau erreichen. Allerdings müssen auch verschiedene Kleingeräte und Baumaschinen erneuert werden. Insbesondere bei wenig genutzten Maschinen sind alternative Modelle zu prüfen, z. B. Miete von privaten Anbietern oder interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

Die Finanzierung von Investitionen soll aus Eigenmitteln erfolgen. Da der Zweckverband seinen Wirtschaftsplan ohne Gewinnerzielungsabsicht aufstellt, kommt planmäßig nur Innenfinanzierung aus Abschreibungen in Betracht. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurden Abschreibungen von rund 34.000,00 Euro ermittelt. Wegen dieses vergleichsweise niedrigen Wertes können größere Investitionen nur schrittweise umgesetzt werden. Umfassender Investitionsbedarf besteht noch im Außengelände (Entwässerung, Zaun- und Toranlage, Verkehrsflächen u. a.). Sofern die Verbandsgemeinden keine zusätzlichen Investitionsumlagen leisten, sollten die aus Jahresüberschüssen erzielten Finanzmittel im Zweckverband verbleiben und für das Außengelände eingesetzt werden. Im ersten Bauabschnitt wurde Ende 2015 mit der Umsetzung einer ordnungsgemäßen Entwässerung begonnen.

Zur Finanzierung der Gebäudesanierung und -erweiterung nahm der Zweckverband im Jahr 2011 einen Investitionskredit auf. Die Kreditzinsen werden über die Leistungsentgelte erwirtschaftet und bei der Kalkulation der Verrechnungssätze berücksichtigt. Die Tilgung begann im Jahr 2012 und wird über separate Einzahlungen der Gemeinden finanziert, sodass daraus kein weiteres Risiko entsteht. Diese Liquiditätshilfen sollen als Eigenkapitalzuführungen behandelt werden, worüber die Versammlung regelmäßig bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt.

4. Sonstiges

Zur Absicherung sonstiger Schadensfälle und Haftungsrisiken hat der Zweckverband Versicherungen in angemessener Höhe abgeschlossen, die überwiegend beim KSA bestehen. Berufsgenossenschaft der gesetzlichen Unfallversicherung ist die Unfallkasse Sachsen.

5. Zusammenfassung

Mit Gründung des Zweckverbandes haben sich die Verbandsgemeinden zur langfristigen Erhaltung eines gemeinsamen Bauhofs bekannt. Alle Pflicht- und freiwilligen Aufgaben der früheren Bauhöfe wurden dem Zweckverband übertragen. An private Dienstleister wurden keine Aufgaben abgegeben. Die Gemeinden planen diesbezüglich keine Veränderungen, sodass von der dauerhaften Wahrnehmung des festgeschriebenen Aufgabenspektrums ausgegangen wird. Allerdings stehen Verbandsgemeinden und Zweckverband vor der Herausforderung, steigende laufende Kosten und hohen Investitionsbedarf mit den begrenzten und voraussichtlich knapper werdenden finanziellen Mitteln nachhaltig zu bestreiten. Der Zweckverband muss deshalb alle Möglichkeiten nutzen, seine Kosten zu stabilisieren und die Leistungserbringung zu optimieren, damit das bisherige Leistungs- und Kostenvolumen weiterhin in die Gemeindehaushalte integriert werden kann.

V. Finanzbeziehungen zu den Gemeinden

1. Gewinnabführungen

Die Wirtschaftsjahre von 2010 bis 2013 schloss der Zweckverband mit Jahresüberschüssen von insgesamt 210.696,41 Euro ab. Mit Feststellung der Jahresabschlüsse beschloss die Verbandsversammlung, die Jahresergebnisse auf neue Rechnung vorzutragen. Gewinnabführungen wurden bisher nicht vorgenommen.

Der Zweckverband beendet das Wirtschaftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 63.394,28 Euro. Gemäß § 34 Abs. 1 Nr. 1 SächsEigBVO wird die Verbandsversammlung mit der Feststellung des Jahresabschlusses auch über die Verwendung des Jahresgewinns beschließen. Aufgrund der notwendigen Investitionen im Außengelände und vergleichsweise niedrigen Eigenmitteln wird der Verbandsversammlung empfohlen, den Jahresgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Die aus den Jahresüberschüssen erzielten Finanzmittel sollten vorbehaltlich der Jahresergebnisse 2015 und 2016 zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden.

2. Eigenkapitalzuführungen und -entnahmen

Die beiden Verbandsgemeinden brachten zum 1. Januar 2010 jeweils zur Hälfte den Betrag von 425.092,48 Euro als Eigenkapital in den Zweckverband ein. Dies entspricht dem Wert des Betriebsgrundstückes mit Betriebsgebäude und Betriebseinrichtungen, notariell festgestellt im Grundstücksübertragungsvertrag vom 25. November 2010 (Urkundenrolle 1471/2010). Bis 31. Dezember 2011 gab es keine weiteren Eigenkapitalzuführungen oder -entnahmen. Im Jahr 2012 wurde das Eigenkapital um 22.500,00 Euro sowie in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 30.000,00 Euro erhöht. Dies entspricht den Sonderzahlungen der Verbandsgemeinden zur Tilgung des Investitionskredits, siehe dazu Gliederungspunkt 3. Zuweisungen.

3. Kredite und Kreditrückzahlungen

Der Zweckverband konnte seine Zahlungsfähigkeit während der ersten vier Geschäftsjahre nicht ständig aus eigenen Mitteln gewährleisten. Um alle Verbindlichkeiten pünktlich zu erfüllen, sicherte die Gemeinde Zschorlau als Geschäftsbesorger für Buchführung und Zahlungsverkehr bis Mitte 2013 die Liquidität des Zweckverbandes bei Bedarf ab. Die gewährten Finanzmittel wurden der Gemeinde bis 31. Dezember 2013 zurückgezahlt, siehe Liquiditätsrechnung unter „Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit“. Durch die Finanzmittelüberschüsse der Vorjahre und die geänderte Rechnungslegung hat der Zweckverband seine Liquidität seit 2014 stets aus eigenen Mitteln gewährleisten können.

In der Liquiditätsrechnung / Finanzierungstätigkeit sind auf den Sachkonten 69320000 und 79320000 (Ein- und Auszahlungen Liquiditätskredit Gemeinden) dennoch geringe Beträge vorhanden. Dies sind Ein- und Auszahlungen der Barkasse des Zweckverbandes, die über die Kasse der Gemeindeverwaltung Zschorlau abgewickelt werden.

4. Zuweisungen

Im Jahr 2011 nahm der Zweckverband bei der KfW einen Investitionskredit auf, der seit 15. Mai 2012 mit jährlich 30.000,00 Euro getilgt wird (für 2012 anteilig 22.500,00 Euro). Die Tilgung wird nicht über die Leistungserbringung (Verrechnungssätze), sondern durch Sonderzahlungen der Verbandsgemeinden finanziert (Kreditumlagen).

Nach § 27 SächsEigBVO werden folgende Zuweisungen unterschieden:

- Zuweisungen von Gemeinde oder öffentlicher Hand zur Stärkung des Eigenkapitals, z. B. zum Ausgleich von Verlusten → Zuführung zur Kapitalrücklage (§ 27 Abs. 1 Satz 2 und 3 SächsEigBVO)
- Zuweisungen von Gemeinde als unterjährige Liquiditätshilfen → Beschluss über die Behandlung als Eigenkapitalzuführung (§ 27 Abs. 1 Satz 4 SächsEigBVO)
- Zuweisungen für Investitionen, als Beiträge oder Baukostenzuschüsse, z. B. aufgrund von Satzungen → Bildung eines Sonderpostens und ertragswirksame Auflösung (§ 27 Abs. 2 SächsEigBVO)
- Zuweisungen von Gemeinde für laufende Betriebsführung → Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung als sonstige betriebliche Erträge (§ 27 Abs. 3 SächsEigBVO)

Die Sonderzahlungen der Gemeinden zur Kredittilgung sind unterjährige Liquiditätshilfen. Die Verbandsversammlung beschließt bei der Feststellung des Jahresabschlusses, dass diese Liquiditätshilfen als Eigenkapitalzuführungen behandelt werden sollen. Die Kapitalrücklage des Zweckverbandes erhöht sich zum 31. Dezember 2014 um 30.000,00 Euro auf 507.592,48 Euro.

Für die Errichtung einer Kleinkläranlage erhielt der Zweckverband Investitionsfördermittel der Sächsischen AufbauBank (SAB) in Höhe von 1.500,00 Euro. Diese Zuwendung wird auf der Passivseite der Bilanz zwischen Eigen- und Fremdkapital als Sonderposten ausgewiesen und über die Nutzungsdauer des geförderten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Am 31. Dezember 2014 beträgt der Sonderposten noch 1.002,00 Euro.

5. Beihilfen

Nach Art. 107 Abs. 1 AEUV „sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.“ Bestimmte Ausnahmen sind zugelassen oder können genehmigt werden.

Dem Zweckverband Kommunale Dienste wurden durch die Verbandssatzung hoheitliche und nicht-hoheitliche Aufgaben (Pflicht- und freiwillige Aufgaben) von den Verbandsgemeinden übertragen. Diese Tätigkeiten fallen in den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und werden gegen Kostenerstattung erbracht. Die Aufwendungen des Zweckverbandes entsprechen denen eines gut geführten und angemessen mit Sachmitteln ausgestatteten (öffentlichen) Unternehmens, dessen Leistungen marktüblich vergütet werden. Der Zweckverband geht deshalb davon aus, dass die Zahlungen der Verbandsgemeinden keine Beihilfen i. S. d. Art. 107 Abs. 1 AEUV darstellen.

VI. Erfüllung der gemeindlichen Aufgabe

Der Zusammenschluss der Bauhöfe der Gemeinden Zschorlau und Stützengrün gründet sich auf § 44 Abs. 1 SächsKomZG, der Gemeinden die gemeinsame Erfüllung bestimmter Aufgaben ermöglicht, „zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind“.

Die auf den Zweckverband übertragenen Aufgaben werden in § 3 der Verbandssatzung bestimmt, siehe dazu Anhang zum Jahresabschluss, Gliederungspunkt I. 2. Allgemeines / Ziele und Aufgaben. Es handelt sich um Pflicht- und freiwillige Aufgaben der Gemeinden, die zuvor von deren Bauhöfen ausgeführt wurden, z. B. Straßenreinigung und Winterdienst, Unterhaltung der gemeindlichen Straßen einschließlich Straßenbegleitgrün, Unterhaltung der öffentlichen Park- und Grünanlagen sowie Spielplätze.

Die Bedingung des § 44 Abs. 1 SächsKomZG für die Gründung von Zweckverbänden ist somit erfüllt. Seit Gründung des Zweckverbandes wurden die übertragenen Aufgaben nicht wesentlich geändert. Mit Beschluss der 1. Änderungssatzung vom 14. November 2013 wurde lediglich die Aufgabe „Hausmeisterdienste in kommunalen Einrichtungen“ gestrichen, da die beiden Hausmeister der Grund- und Oberschule in Zschorlau bereits ab 1. Juli 2011 wieder in den Personalbestand der Gemeindeverwaltung überführt wurden.

Sofern der Zweckverband neben den gemeindlichen (übertragenen) Aufgaben sogenannte Annextätigkeiten ausübt, ist deren Art und Umfang im Lagebericht zu erläutern. Als Annextätigkeiten gelten Nebentätigkeiten für Dritte, die in der Regel im freien Wettbewerb zu privaten Unternehmen ausgeführt werden.

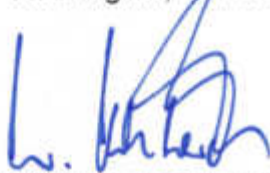
Der Zweckverband wird grundsätzlich nur für seine Mitgliedsgemeinden tätig. Leistungen für (private) Dritte sind lediglich in Ausnahmefällen denkbar. Beispiele dafür sind Leistungen für andere Gemeinden oder den Landkreis im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit sowie für Einrichtungen in engem Zusammenhang mit den Verbandsgemeinden, z. B. Zweckverband Muldentalradweg oder Gebietsgemeinschaft „Rund um den Kuhberg“ e. V.

Die Erträge aus Leistungen für Dritte und sonstige Einnahmen werden in der GuV auf separaten Konten gebucht, sodass Umfang und wirtschaftliche Bedeutung unmittelbar nachvollziehbar sind:

- 34110000 Erträge aus Mieten und Pachten (einschließlich Verbandsgemeinden)
- 34210000 Erträge aus Verkauf
- 34820000 Erträge aus Kostenerstattung / Gemeinden und Landkreis
- 34830000 Erträge aus Kostenerstattung / Zweckverbände
- 34880000 Erträge aus Kostenerstattung / Sonstige

Im Wirtschaftsjahr 2014 weisen diese Konten einen Gesamtbetrag von 11.221,94 Euro aus. Mit einem Anteil von 1,1% an den gesamten Umsatzlösen liegen Leistungen für Dritte nur in unbedeutendem Umfang vor. Damit ist nachgewiesen, dass der Zweckverband Kommunale Dienste im Wirtschaftsjahr 2014 (fast) ausschließlich ihm übertragene gemeindliche Aufgaben erfüllt hat, die dem Erhalt der öffentlichen Infrastruktur bzw. einem sonstigen öffentlichen Zweck dienen.

Stützengrün, den 28. Februar 2017



Wolfgang Leonhardt
Verbandsvorsitzender

Bestätigungsvermerk

Ich habe den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Dienste für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 32 SächsEigBVO i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Zweckverbandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Geyer, den 28. Februar 2017

Dr. Stopp
Wirtschaftsprüfer



**Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Ver-
hältnisse**

Dr. Karl-Christian Stopp
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater

Name	Zweckverband Kommunale Dienste
Sitz	Bärenwalder Straße 29 B, 08328 Stützengrün
Satzung	Es gilt die Satzung vom 26. Mai 2009 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 14. November 2013
Entstehung	Der ZKD entstand am 1. Juli 2009
Aufgaben	Der ZKD übernimmt kommunale Aufgaben der Bauhöfe der Verbandsmitglieder, die in § 3 Abs. 1 der Satzung im Einzelnen aufgeführt sind, sowie technische und pflegerische Aufgaben, Dienstleistungen und Hilfsdienste im kommunalen Bereich und/oder stellt Geräte und Personal zur Verfügung.
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	In der Satzung des ZKD wurde kein Stammkapital festgesetzt.
Verbandsmitglieder	Gemeinde Zschorlau und Gemeinde Stützengrün
Verbandsorgane	Verbandsversammlung und Verbandsvorsitzender
Geschäftsführung	Ein Geschäftsführer ist nicht bestellt.
Verbandsversammlungen, wichtige Beschlüsse	Im Wirtschaftsjahr 2014 fanden vier Verbandsversammlungen statt, bei denen folgende wesentlichen Beschlüsse gefasst wurden. • 27.03.2014: Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2014 • 26.06.2014: Beschlussfassung zur Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 sowie der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2010, 2011 und 2012 • 18.09.2014: Beschlussfassung zur Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 • 18.12.2014: Beschlussfassungen zur Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 und zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010
Grundbesitz	Der ZKD verfügt über eigenen Grundbesitz.
Wichtige Verträge	Geschäftsbesorgungsverträge mit den Gemeinden Zschorlau und Stützengrün
Darlehen	Im Jahr 2011 wurde ein Darlehensvertrag mit der KfW geschlossen (Investitionskredit).
Steuerliche Verhältnisse	Ein Betrieb gewerblicher Art liegt nach Auskünften der steuerlichen Beraterin nicht vor.

**Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach
§ 53 Haushaltsgrundsätzegesetz
für das Wirtschaftsjahr 2014**

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe des Zweckverbandes sind gemäß Satzung die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Die Aufgaben und Befugnisse der Organe sind in der Satzung geregelt.

Die Verbandsversammlung hat am 1. Dezember 2009 eine Geschäftsordnung beschlossen.

Im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Regelungen nicht den Bedürfnissen des Zweckverbandes entsprechen.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Sitzungen der Verbandsversammlung statt. Hierüber wurden Niederschriften erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Verbandsvorsitzende, Herr Wolfgang Leonhardt, Bürgermeister der Gemeinde Zschorlau, ist auskunftsgemäß in folgenden Gremien tätig als:

- Stellvertretender Verbandsvorsitzender des Abwasserzweckverbands Schlematal
- Verwaltungsrat im Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge
- Aufsichtsrat der Wasserwerke Westerzgebirge GmbH
- Verwaltungsrat im Zweckverband Erdgas Südsachsen
- Verbandsrat im Zweckverband Fernwasser Südsachsen

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Der Verbandsvorsitzende und die Verbandsräte sind ehrenamtlich tätig.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gib es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Eine Betriebsleitung wurde nicht bestellt. Die Verwaltungsaufgaben werden von der kaufmännischen Leiterin und von Verwaltungsmitarbeitern der Verbandsmitglieder wahrgenommen

Die Zuständigkeiten der Gemeindeverwaltungen sind in Geschäftsbesorgungsverträgen geregelt. Diese Dokumente werden regelmäßig überprüft.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Im Rahmen meiner Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Spezielle Regelungen zur Korruptionsbekämpfung bestehen nicht und sind auch nicht dokumentiert. Auf der Grundlage von Verfahrensanweisungen, der Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips, der Einholung von Vergleichsangeboten bei Beschaffungen sowie unangekündigter Kassenkontrollen soll auch dem Risiko von Korruptionsfällen vorgebeugt werden.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Grundlage für wesentliche Entscheidungsprozesse bilden folgende Regelungen:

- der von der Verbandsversammlung beschlossene Wirtschaftsplan
- Dienstanweisung Beschaffung Vorräte
- Dienstanweisung Anordnungsbefugnis
- Satzungsregelungen zu Aufgaben und Berechtigungen des Verbandsvorsitzenden
- Dienstanweisung Urlaub
- Geschäftsbesorgungsverträge mit den Verbandsmitgliedern

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass diese Regelungen nicht eingehalten werden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Ich habe im Rahmen der Prüfung keine Feststellungen getroffen, dass eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen nicht gegeben ist.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen und deren Ursachen werden hinsichtlich des Ertrags- und Liquiditätsplans periodisch untersucht.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen gewährleistet eine ordnungsgemäße, sachgerechte und zeitnahe Erfassung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan erfüllt die Anforderungen des Zweckverbandes.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Das bestehende Finanzmanagement ermöglicht eine laufende Liquiditätskontrolle sowie die Überwachung der Kredite.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Entgelte werden vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt. Ausstehende Forderungen wurden grundsätzlich zeitnah und effektiv eingezogen. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das von der kaufmännischen Leiterin durchgeführte Controlling entspricht den Anforderungen des Zweckverbandes.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der ZKD hat keine Tochter- oder Beteiligungsunternehmen.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Die Definierung von Frühwarnsignalen erscheint vor dem Hintergrund von Größe und Komplexität des Zweckverbandes bei Gewährleistung eines zeitnahen Forderungseinzugs entbehrlich.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Entfällt, da keine Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen festgelegt wurden.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Siehe b).

d) Werden diese Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Siehe a).

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt?

Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Schriftliche Festlegungen zum Einsatz von Finanzinstrumenten, anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten wurden nicht getroffen.

Der ZKD hat auskunftsgemäß im Wirtschaftsjahr keine anderen Termingeschäfte durchgeführt und keine Geschäfte mit Optionen und Derivaten getätigt und hatte solche auskunftsgemäß auch nicht geplant.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Siehe a).

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Siehe a).

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Siehe a).

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Arbeitsanweisungen wurden nicht erlassen.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Siehe a).

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Der ZKD verfügt über keine interne Revision. Prüfungen können vom Sächsischen Rechnungshof durchgeführt werden. Die Jahresabschlüsse werden durch einen Wirtschaftsprüfer/eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und im Rahmen der örtlichen Prüfung geprüft.

- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Siehe a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/ Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Siehe a).

Ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen organisatorisch getrennt sind, wurde nicht geprüft.

Zu Korruptionsbekämpfung siehe a).

- d) Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Siehe a).

- e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Siehe a).

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt, da keine entsprechenden Feststellungen getroffen und Empfehlungen erteilt wurden.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Im Berichtsjahr wurden auskunftsgemäß keine derartigen Kredite gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Ich habe bei meiner Prüfung keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit dem Gesetz, der Satzung, der Geschäftsordnung und Dienstanweisungen sowie mit Beschlüssen der Verbandsversammlung übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstigen Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Investitionsplanung einschließlich Finanzierungsbedarf und Finanzierungsmittel erfolgt im Rahmen der Aufstellung des von der Verbandsversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplanes.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden folgende Investitionen getätigt:

Maschinen, technische Anlagen	TEUR 0,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	TEUR 8,2
Anlagen im Bau	<u>TEUR 7,6</u>
	<u>TEUR 16,2</u>

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Im Berichtsjahr erfolgte kein Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken, Beteiligungen oder ähnlichen Vermögenswerten.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen insbesondere hinsichtlich Aufwand und Termineinhaltung analysiert.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Es gab keine wesentlichen Überschreitungen bei abgeschlossenen Investitionen.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelnungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen haben sich nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Bei investiven und anderen bedeutsamen Maßnahmen werden generell Konkurrenzangebote eingeholt. Kapitalaufnahmen erfolgten nicht.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Der Verbandsvorsitzende erstattet der Verbandsversammlung regelmäßig in deren Sitzungen mündlich und schriftlich Bericht.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Ja.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Siehe a).

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen habe ich im Berichtsjahr nicht festgestellt.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Es gab auskunftsgemäß im Berichtsjahr keine Themen, zu denen dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet werden sollte.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Nein.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung besteht nicht.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Derartige Interessenkonflikte wurden auskunftsgemäß im Berichtsjahr nicht gemeldet.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das Kapital (100 %) setzt sich zusammen aus Eigenkapital (71 %) und aus Fremdkapital (29 %). Zu Einzelheiten wird auf die Darstellung der Vermögenslage im Hauptteil dieses Prüfungsberichts verwiesen.

Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden zum Abschlussstichtag angabegemäß nicht.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Ein Konzern liegt nicht vor.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Im Wirtschaftsjahr 2014 hat der ZKD keine Fördermittel erhalten.

Garantien wurden im Wirtschaftsjahr 2014 nicht erteilt.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalquote ist mit 71 % angemessen. Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Ja. Im Vorjahr entstand ein Jahresgewinn (EUR 95.565,05), der gemäß Beschluss der Versammlungsversammlung vom 8. Dezember 2016 auf neue Rechnung vorzutragen war. Vom Vorstandsvorsitzenden wird vorgeschlagen, den im Wirtschaftsjahr 2014 erwirtschafteten Jahresgewinn (TEUR 63.394,28) auf neue Rechnung vorzutragen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?**

Segmente/Konzernunternehmen bestehen nicht.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Ich habe keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass die Leistungsbeziehungen zu den Verbandsmitgliedern zu unangemessenen Konditionen erfolgen.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Konzessionsabgaben wurden nicht entrichtet.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt, da entsprechende Verluste nicht aufgetreten sind.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt, da im Berichtsjahr ein Jahresgewinn erzielt wurde.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Der Zweckverband ist bestrebt, die Aufwendungen möglichst stabil zu halten bzw. zu senken.